

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohmentoppreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Lust einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen, wöchentlich 2.00 M., unter Freundschaft für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.80. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weltinexp 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weltinexp 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postzettel werden die Sprechstunden bestellt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 124.

Dresden, Mittwoch den 31. Mai 1916

27. Jahrg.

Feuertätigkeit zwischen La Bassée und Arras.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 31. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Feindliche Torpedoboote, die sich der Küste näherten, wurden durch Artilleriefeuer vertrieben.

Die rege Feuertätigkeit im Abschnitt zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras hält an. Unternehmungen deutscher Patrouillen bei Neuve-Chapelle und nordöstlich davon waren erfolgreich. 38 Engländer, darunter ein Offizier, wurden gefangen genommen, ein Maschinengewehr erbeutet.

Links der Maas süberen wir die südlich des Dorfes Cumières liegenden Heden und Büsche vom Gegner, wobei

3 Offiziere, 88 Mann in unsere Hand fielen. Beim Angriff am 29. Mai erbeuteten wir ein im Gaurettes-Waldchen eingeschlossenes Marinegeschütz, 18 Maschinengewehre, eine Anzahl Minenwerfer und viel sonstiges Gerät.

Auf beiden Maasufern blieb die Artillerietätigkeit sehr lebhaft.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Überste Heeresleitung:

Die Entlassung nicht schigverwendungsfähiger Mannschaften, die für militärische Aufgaben nicht gebraucht werden, aus den Erfolgs-truppen kann ohne Rücksicht auf das Lebensalter von den stellvertretenden Generalstabskommandos genehmigt werden. (W. T. B.)

U-Boots-Tätigkeit:

† London, 31. Mai. (Amtlich) Aus verschiedenen Mitteilungen der Ingoldspräße und den in letzter Zeit vom Regierungsmaterial nach eingehenden Anträgen auf Entlassung älterer Landsturmleute der ältesten Jahrgänge des preußischen Landsturms der Auflösung betroffen. Die Landsturmlehrhaften der ältesten Jahrgänge sich seit gewisser Zeit, zum Teil schon seit Beginn des Krieges, in vorderster Linie oder in dem anstrengendsten und wichtigsten Sicherungsabschnitt der Kuppen und Generalgewärmens - Gebiete befinden, haben ihre allmähliche Ablösung durch jüngere Landsturmlehrhaften aus dem Dienstbetrieb angezeigt. Zur allgemeinen ist daher die Ablösung und Rückführung zunächst des 1870 und früher, demnächst die der 1871 und 1872 geborenen Mannschaften durchgeführt oder in die Wege geleitet worden. Der alleinige Zweck des Austausches ist, diesen seit längerer Zeit im Felde stehenden Landsturmleuten der ältesten Jahrgänge die Erleichterungen des Dienstes bei den Truppen des Belegschaftsheeres zu verschaffen, nicht aber, wie fälschlicherweise angenommen worden ist, ihre Entlassung aus dem Heeresdienst dadurch zu fördern. Es betrifft auch nicht Landsturmlehrhaften älterer Jahrgänge, die noch gar nicht eingezogen waren.

Wie weiteren in der breiten Öffentlichkeit damit in Zusammenhang gebrachten Mitteilungen über ungünstige Abschaltung und Versetzung der seit 1868 Geborenen, über bedeutsame Entlassung der ältesten Jahrgänge des Landsturms usw. sind irrtig. Die Einschätzung Wichtigkeit, auch wenn sie zur Zeit über 45 Jahre alt geworden sind, ist nach § 27 des Gesetzes, betreffend Rendierung der Belegschaft, vom 11. Februar 1888 gültig.

Es war in der fünften Stunde der Dienstag-Verhandlungen — der Reichstag befand sich am dritten Tage der Senatsdebatte, und der nationalliberale Scharfmacher Hirsh hielt gerade eine Rede für Annexionen und rücksichtlose U-Bootpolitik, die der Linken Anstoß zu zahlreichen Zwischenrufen gab —, als der Vizepräsident Dr. Doebe zur Kriegsgriff und die Redner eindeutig ermahnte, sich doch mehr um das eigentliche Thema der Verhandlungen zu halten, da die Debatte immer mehr den Charakter einer Erörterung über auswärtige Politik und Kriegsziele angenommen habe. In der Tat hätte ein unbefangener Zuhörer am Dienstag außer aus den präsidialen Zurchlungen verfahren kann noch erkennen, daß die Frage der Senats auf der Tagesordnung des Reichstags stand; viel eher hatte es den Anschein, als würden die Unterseebootstrafe und das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten mit aller Leidenschaftlichkeit diskutiert, nachdem — immer vom Standpunkt der naiven Juhörer aus — die tatsächlich angenommene Kompromissresolution zum U-Bootstreit wieder annulliert worden sei. Die Wandlung der Debatte nun hatte allerdings schon am Donnerstag ihren Anfang genommen. Abg. Noske, der am Dienstag als Redner der sozialdemokratischen Fraktion zunächst das Wort ergreift, wies gleich zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, wie es die Abgeordneten Oertel, Hirsh und Martin, die Redner der auf Verstärkung des Krieges hinarbeitenden Parteien vom Donnerstag verstanden hätten, aus der Senatsdebatte eine U-Bootsdebatte und Gelegenheit der Propaganda ihrer Kriegsziele zu machen. Dies rügte auch ihn, auf diese Frage einzugehen und gegen die Anschuldigungen der genannten Herren Widerspruch zu erheben, namentlich auch gegen die Art, wie sie die amerikanische Friedensvermittlung zurückwiesen, die auf eine Neutralisierung der Neutralen hinauslaufe. Genosse Noske unterstrich nochmals, wie wenig ernst es den Konservativen mit ihrer Forderung auf größere Freiheit der öffentlichen Meinung sei. Nach ihm trug der Fortschrittsler Gothein seinerseits eine Anzahl Klagen vor, besonders über die Verfolgung der deutschen Friedensgesellschaft. Der Nationalliberale Scharfmann suchte mit allerhand diplomatischen Finessen nachzuweisen, daß die Herren Hirsh und Oertel gar nicht in dem Maße von Annexionen und für eine ganz einseitige „freie Meinungsäußerung“ gesprochen hätten, wie Noske dies dargelegt habe; aber er fand eine ganz unerwartete Widerlegung durch seinen Nachredner, den Konservativen v. Graefe, einen galanten Junker. Dieser Herr plazierte mit einer Deutlichkeit in die Debatte herein, daß seine eigenen Freunde eine

aller Deutlichkeit ins Gesicht, daß gewisse Neuerungen allerdings den Eindruck erweisen, daß der Krieg gewissen Leuten nicht lange genug dauern kann, weil sie Millionen an ihm verdienten.

Die Abstimmung endete, wie vorauszusehen, damit, daß die ziemlich nichtsagenden Resolutionen der Kommission, welche Senats und Belagerungszustand im Prinzip beibehalten und nur einige Abberungen in der Handhabung herbeigeführten wurden, angenommen wurden, nachdem alle weitergehenden Anträge abgelehnt worden waren. Das ist das äußere Resultat. Das innere Ergebnis der dreitägigen Debatte ist freilich ein ganz anderes: es zeigt das Fortbestehen der U-Bootsfronde in voller Kraft.

Die Opposition des konserватiv-nationalliberalen Blocks gegen die auswärtige Politik der Regierung war längst kein Geheimnis mehr. Jetzt ist sie in den Reichstagdebatten so stark und doch in Erhebung getreten, daß man mit ihr als einer der bedeutendsten Tatsachen der Politik rechnen muß. Die Herren sehen vor, daß der Krieg nicht zur Erreichung ihrer Kriegsziele führen wird, sie sehen in der gelungenen Verteidigung des Reiches noch keinen ausreichenden Kriegsertrag, und sie bereiten sich darauf vor, die Regierung für das, was nach ihrer Meinung fehlt, zur Verantwortung zu ziehen. Sie hoffen auf diese Weise, also im Kampfe gegen die Regierung, große Massen unter ihre Fahnen zu sammeln.

Allerdings, wer die Ziele des Krieges so ausgeführt hat wie jene Herren, dem wird zum Schluß das Erechte als gering, der großen Opfer nicht wert erscheinen. Aber die Sozialdemokratie, die in der Reichstagdebatte mit einer Menge von Reden wirkungsvoll hervortrat, hat bekanntlich die Kriegsziele von vorherhin ganz anders aufgefasst. Sie sieht in dem Krieg einen — sei es aus welchen Ursachen immer — notwendig gewordenen Kampf um die Erhaltung des Reiches, und sie will nicht, daß mehr Opfer gebracht werden, als sie zur Erreichung dieses Ziels unbedingt notwendig sind. Sie ist überzeugt, daß sie mit dieser Auffassung die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat.

Was macht nun die Regierung? Durch die Schäfe der Angriffe, die Herr v. Graefe gegen sie richtete, herausgefordert, hat sie sich durch den Bismarck-Helfrich zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges öffentlich in eine Kampfstellung gegen die Kontrahenten begeben. Herr Helfrich, der mit sicher großer Erregung sprach, legte dabei das Gelöbnis ab, daß sich die Regierung durch jene Angriffe nicht von den Bahnern ablenken lassen werde, die sie als die richtigen erkannt habe. Nach seiner Überzeugung würde die Regierung durch jede Schwäche, die sie jenen Bestrebungen gegenüber zeige, die Interessen des Reiches schwächen. Diese Erklärung wird man festhalten müssen. Die sozialdemokratische Partei wird die Interessen des Reiches wahren, indem sie dafür eintritt, daß die Erklärung des Bismarck-Helfrich zur Tat wird.

Denn auch Herr Helfrich in Stadthagens Rede den erwiderten Antritt gefunden hat, zugleich nach rechts und nach links zu schlagen, und wenn auch in der inneren Politik der Regierung die Senats mitbekommen, nichts ist, was uns gefällt, so darf darum die Bedeutung der Rede des Herrn Helfrich nicht unterschätzt werden. Sie könnte auch den gegenwärtigen Zustände Anlaß zu nachdrücklichen Bestrebungen geben. Sie könnte die Völker, mit denen wir im Kampfe liegen, dazu bringen, sich die Kräfte zu stellen, ob es nicht überall Kriegsparteien gibt, die eindringen in die Hände arbeiten mit dem Ziel, den Krieg endlos zu verlängern, und ob ihre Regierungen in der Ablehnung dieses Bestrebens ebensoviel gehen wie die deutsche Regierung.

Vielleicht werden jene Völker dann auch in der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr die Partei sehen, die einen heimatlichen Angriff des Deutschen Reiches auf die übrige Welt mit vorbereitet hat und durch den Krieg eine deutsche Weltiherrschaft erreichen will. Vielleicht erkennt man allmählich, daß die deutsche Arbeiterklasse durch ihre parlamentarische Vertretung nur das tut, was zur Erhaltung des Reiches notwendig ist, daß sie aber unabdinglich zum Frieden drängt.

Die Steuerdebatte im Reichstag.

Berlin, 31. Mai. (Privattelegramm der Dresdner Volkszeitung.) Im Reichstag begann heute vormittag die Steuerdebatte. In der Generalabstimmung verließ zunächst Abg. Herrold (Senats) die Kommission vorläufig. Bundesräte und Gemeinden setzen auf die direkten Steuern angewiesen, denn Reich verbietet die indirekten. Daran wurde durch die Befreiung des Brüder mit ihrer einmaligen Abgabe solche keine Brüder für die Zukunft sein. Der Krieg gewinnt steuer bedeute eine sehr starke Belastung des Brüder, die nicht überpannt werden darf. Die Umstürzer hält Rehber für außerordentlich erratisch und beharrlich, daß sie eine fühlbare Belastung der Brüder bedeute. Außerdem Herrold noch die Tabaksteuer und die Postabgaben vertheidigt hat, erklärt er, daß diejenigen Steuern nur ein sehr schwaches Ausgang seien. Nach dem Kriege kämen ganz andere Summen in Frage, und das jetzige Kompromiß der bürgerlichen Parteien lasse hoffen, daß sie auch nach dem Kriege die dann an das Reich herantretenden Aufgaben gemeinsam lösen werden.

Genosse Stolzen habe scharfe Kritik an den ganzen Vorlagen, die ohne weiteres erläutern ließen, wie wenig die Regierung die Wünsche des Volkes kennt. Die Vorlagen bewegen sich im alten Weise, lassen jede Spur schöpferischen Brüder vernünftig und insbesondere welche man ihnen nichts von der so oft erwähnten Neuorientierung an. Jedemfalls kann bei diesen Steuern von Gerechtigkeit nicht gesprochen werden. Die Umstürzer ist eine gefährliche

Mittwoch den 31. Mai 1916

Dresdner Volkszeitung

Gewerbetreuer, die das gewerbliche Leben mit großen Schwierigkeiten belastet. Die Fabrikarbeiter erlittenen den Verlust, was erst nach dem Kriege in voller Stärke fühlbar wurde. Unzweckend ist die Meinung, daß gerade die junge Zeit zu einer Erholung der Fabrikarbeiter besonders geeignet sei. Durch die Kriegsergebnisse wird der Verlust durchaus nicht stark belastet, doch hätte man auf die indirekten Gewinne verzichten können. Das Konkurrenzbedeutung eine große Verhinderung an den Interessen des Verlos, denn die Belohnung des Sieges läßt noch einen Antrag wieder auf, die indirekten Gewinne aber ziehen. So bedeutet diese Art der Gewinnerzielung eine direkte Gewinnsteigerung für viele Kreise des Verlos, insbesondere in den Mittelstand. Wenn die Gewinnerzielung nun allerdings etwas verschärft würde, so ist ja zweitens ein Verdienst der Sozialdemokratie.

Statssabrechnung beschlossen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschließt heute, den Vertrag abzuschließen und diese Abstimmung durch eine Erklärung zu motivieren. Am Abend wurden bestimmt: Für die Erhaltungsorte: Hirschmann, Lüderitzbahn und Schmidts, Berlin, für die Erhaltung der Altersgrenze Mollenhauer, für das Kriegsamtsgesetz Raum und für das Kriegsrecht Steen und Saß.

Der Angriff in Südtirol.

Deutschland unterteilt: Rittergutsbesitzerkammerei Hugo Schulz, M. u. L. Kriegspressequartier, 26. Mai.

Die Ausgangsstelle des alten Lienzirischen zwischen dem Fiume und dem Brandal (Voiars) bis Pianto della Vignola ist jetzt verhältnismäßig ruhig, die vor einem Jahre dem italienischen Einfall in Südtirol eine unüberwindliche Stütze war, die sie in den Wirkungsbereich der Geschütze von Lofraun und Bielerfeld fallen. Die Italiener haben offene Türen eingerannt. Von dem Angenommen an, wo sie wirtschaftlichen Widerstand machen, macht ihre Offensive keinen Fortschritt mehr und seit ein Jahr lang haben die österreichisch-ungarischen Truppen den Abschnitt zwischen der Etsch und dem Dolomitenfels von Primor mit unglaublich geringen Kräften zu halten vermögen. Die Stellung ging jedoch von Rovereto über Veno di Terragnolo hinunter die Hänge der Felsklippen von Bielerfeld und Lofraun, dann östlich von Lofraun über das Engtal auf die Pannarotta, schließlich über die Salzburger Alpen bis zum Rollespass.

Die Verteidiger dieser Linie erhielten in der letzten Zeit beträchtliche Verstärkungen und den Italienern blieb dieser Umstand auch nicht verborgen. Die Verhältnisse des Alpenkrieges, wo alle Aktionsmöglichkeiten von der Jahreszeit abhängig sind, lassen ein räudiges, plötzliches Ankommen starker Kräfte kaum zu. Die österreichisch-ungarische Heeresleitung mußte daher von vornherein mit ausgiebigen Gegenmaßnahmen der Italiener rechnen. Tatsächlich haben die Italiener den Angriffsstoß aus dieser Richtung erwartet und durch die von den Feuerwerken verbreitete Meldung von der Belagerung des Hauptquartiers Cadorna nach Bassano sogar ausdrücklich befunden, daß die Hauptaufmerksamkeit nur der Südtirolese Front zugewendet wird. Sie liegen es nicht einmal an jenen vorläufigen Herausforderungen jenseits, die eine Eigenheit der italienischen Armee bilden. Wiederholt erschienen Flieger über Trient, waren Befest ab, worauf stand: "Kann beginnt die Offensive?" Es unterliegt demnach keinem Zweifel, daß Cadorna alles Erdenbare tut, dem Stütze zu bequeimen, doch er im entscheidenden Augenblick starke infanteristische und artilleristische Kräfte zur Stelle hatte und sich um so gesicherter glaubte, als seine starken, zum Teil permanent besetzten Stellungen im Randgebirge die gegnerische Ausgangsstellung beträchtlich überhöhnen. Tatsächlich mußte die österreichisch-ungarische Offensiv-Distanzunterschiede bis zu tausend Meter bewältigen und Opfer nehmen, die 1700 bis 2300 Meter auftragen. Wenn man sieht in Italien der Welt weisesten will, daß der Angriffsstoß der Italiener bloß schwach Kräfte übertraut, so ist das eine Lüge, die niemand glauben kann, ohne zugleich Zweifel an der Berechnungsfähigkeit der italienischen Führung zu beginnen. Das wäre doch eine hundertprozentige Fälschung, die im Beweise zahlreichiger Überzeugungen einem Angriff des Feindes, den nie längst erwartet hat, an der Stelle, wo sie ihn erwartete, bloß schwache Kräfte gegenübersetzen und ihm die überhöhlende Annahme eines Gebirges preisgeben würde, um sich in die Löcher, die zur Ebene niederleiten, zurückzuziehen.

Der Angriff der österreichisch-ungarischen Stoßgruppen rollt sich inzwischen nach dem Osten, Südosten und Süden. Die Richtlinie der westlichen Gruppe bildete das Brandal (Voiars), das östlich von dem breiten Sockel der Hochfläche beherrscht wird, in dem die Böden des Col Santo und Voiars über 2000 Meter ausragen. Die Straße aus diesem Tale führt über die Peña di Piana dello Agnello hinunter nach Schleit (Tal), das den südlichen Endpunkt des italienischen Grenzbefestigungssystems bildet. Der Angriff der Mittelgruppe nahm seine Richtung auf die hochgelegenen und zum Teil mit vernarbenen Wäldern gekrönten Stämme des Randgebirges, dessen jenseitige Hänge und Täler nach Arzino und Schleit (Ariago) mündeten. Die dritte Gruppe ging von Lofraun aus längs des Engpanorates, um zunächst in überwältigendem Angriff die Kommission des Armenterrainfangs zu gewinnen.

Heute steht die Mittelgruppe bereits an der italienischen Sperrlinie Arzino-Ariago.

Der Übergang über die Posina

Ist durch österreichische Truppen westlich von Arzino erzwungen worden. Damit wird die Sperrstellung nunmehr auch im Norden bedroht. Der österreichische Bericht vom 30. Mai meldet:

Russischer Kriegsschauplatz:
Lebhafte Artilleriekämpfe, namentlich an der beharrlichen Front und in Polen. Gibt keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz:
Gestern fiel das Panzerwerk Punta Corbin in unsere Hände. Weitlich von Arzino erzwangen unsere Truppen den Übergang über den Posinabach und besiegten sich der südlichen Werke. Viele heftige Angriffe der Italiener auf unsere Stellung südlich Bettale wurden abgeschlagen.

Der Berichtssteller der Röss. Reg. telegraphiert über die Lage in Oberitalien: „Zur Verlängerung von zwei Wochen hat unsere offensive gegen die erste italienische Verteidigungslinie in Oberitalien den brabichtigen Erfolg gezeigt. Die Verbindung zwischen Arzino und Ariago ist gefiert, die härtesten

Forts und Panzerwerke des feindlichen Sperrsystems sind befreit, die Italiener in dieser Gegend vom vaterländischen Boden verjagt und über 250 Quadratkilometer feindlichen Gebiets besiegt; mehr als 300 Geschäfte und über 30000 Gefangene, ganze Straßenlinien und ein Stück Eisenbahn sind in unserer Hand. Die Italiener leisteten zwar auf der ganzen Front energischen Widerstand, doch konnten ihre starken und äußerst tödlichen Feuerungen sich gegen den Angriff unserer Streitkräfte nicht behaupten. Jeder Tag der Offensive brachte Kunde von der Erfüllung eines neuen feindlichen Stützpunkts. Bezeichnend ist eines der letzten Vorräte der Artillerie als Typus unserer Angriffstätigkeit, das ist das Panzerwerk Punta Corbin, östlich der Stadt und nordöstlich Arzino. Westlich von Arzino legten sich die Unruhen am Südufer der Posina fest.“

Die Zeitung Veneto in Padua veröffentlicht eine Korrespondenz aus Vicenza, dem wichtigsten Eisenbahnhauptbahnhof Südl. Arzino: „In Vicenza ist man viel ruhiger und gescheiter als in Padua, obgleich ein Teil der Provinz vom Feinde besetzt ist. Einige Ortschaften, die von den Kanonen des Feindes bedroht sind, wurden von der Zivilbevölkerung geräumt. Auch Alttago gehört dazu; es ist aber üblicherweise zu sagen, daß das Städtchen in einen Schutt- und Trümmerhaufen verwandelt worden ist. Viele seiner Häuser haben die oberen Stockwerke und die Dächer aus Holz. Von diesen sind manche von den feindlichen Bomben getroffen worden und niedergebrannt. Vicenza ist zum Gehirn und Herzen des Kampfes geworden. Ungeheuer ist die Verregung der Truppen, der Zug- und Ablauf derselben ruht keinen Augenblick. Vicenza zieht mit Schmerz und Bitterkeit seine geliebten Berge, seine grünen Hügel vom Feinde besetzt, aber es erträgt den Schmerz ohne Schreien und ohne zu klagen, und seiner Ruhe entpricht die Ruhe des obersten Kommandanten Cadorna. Ueberdies sind alle Vorkehrungen getroffen, um unter allen Umständen zu verhindern, daß sich die Öffnerreiter in den Besitz der Berge setzen, von deren Höhen sie Schio und Vicenza bedrohen können. In Schio gab es Augenblicke der Panik; das ist nun nur vorüber und wird sich Hoffentlich nicht wiederholen.“

Aus Rom wird gemeldet: Zeitung Uffiziale enthält ein Dekret, wonach die Alterogrenze für Freiwillige auf 17 Jahre heruntergesetzt wird.

Das Vordringen der Bulgaren im griechischen Nordosten.

Die neuerdings wiederholte Drohung der Entente mit einer Offensive, die sich von Saloniki aus gegen die Eisenbahn Sofia-Konstantinopel richten sollte, hat die bulgarische Armee in diesen Tagen zu Vorsichtsmaßnahmen getrieben, bei denen griechisches Gebiet besetzt wurde. Bulgarische Truppen haben im Verein mit deutschen Kavallerieabteilungen das griechische Fort Apul an der Struma sowie die weiter südlich liegende Stadt Demir-Hissar besetzt. Es heißt, daß deutsche und bulgarische Abteilungen darauf weiter nach Süden, nach Serres und Kavala abgegangen seien. Wenn sich das bewahrheitet, so hätten die deutsch-bulgarischen Truppen bestanden den nordöstlichsten Zipfel von Griechenland zunächst einmal der Operationsgewalt der um Saloniki konzentrierten Bierderbansormee entrückt. Apul, Demir-Hissar, Serres und Kavala sind Punkte einer Eisenbahn, die etwa 300 Kilometer von Saloniki entfernt von der südlichen Grenze Westbulgiens aus im Bogen nach dem Ägäischen Meer verläuft. Die bulgarische Südostgrenze ist eine langgestreckte Linie; haben die Bulgaren die Front von Apul über Serres hinweg bis ans Ägäische Meer wirklich in der Hand, so bedeutet das natürlich eine erhebliche Sicherung gegen eine etwaige Offensive der französisch-englisch-serbischen Armee. Weitere Nachrichten melden dazu aus Athene:

Nach den letzten Nachrichten handelt es sich bis jetzt um 50000 Mann bulgarischer Infanterieabteilungen, von denen mehrere deutsche Kadetten rückt in die Richtung auf Kavala vorwärts. Serres ist bereits besetzt. Eine bulgarische Division marschiert in Gilmanosch nach Kavala und führt Pontons zum Überschreiten des Nestorflusses mit. Das griechische Heer in Ottoszonen ist wegen der Unterbrechung der Verbindungen in schwieriger Situation. 25000 Kavalleristen sind bei Larisa zusammengezogen. In Saloniki ist die Stimmung natürlich nervös. Die bulgarischen Vorposten und die Hauptverteidigungslinien der Verbündeten liegen kaum zwei Tagestunden voneinander entfernt.

Nach einer Rücksiedlung aus Athen wird in verschiedenen Kreisen die Vermutung ausgesprochen, Bulgarien habe die Absicht, Kavala zu besetzen, aber es sei wahrscheinlicher, daß Bulgarien die zugehörigen Kräfte der Alliierten an dieser Front fürchten und seine Defensivstellungen verstärken will.

Neuter weiterisiert mit der Agence Havas in einer sehr offenkundigen Note gegen die Neutralität, indem beide Telegraphenbüros in zahlreiche Stimmungsberichten aus Athen und Saloniki den Einfluß zu erweden suchen, als habe der Vormarsch der Bulgaren in Griechenland die größte Erregung hervorgerufen. In Saloniki denkt die Entente die Begeisterung, Brüderlichkeit und Freundschaft der Alliierten an dieser Front fürchten und seine Defensivstellungen verstärken will.

Neuter weiterisiert mit der Agence Havas in einer sehr offenkundigen Note gegen die Neutralität, indem beide Telegraphenbüros in zahlreiche Stimmungsberichten aus Athen und Saloniki den Einfluß zu erweden suchen, als habe der Vormarsch der Bulgaren in Griechenland die größte Erregung hervorgerufen. In Saloniki denkt die Entente die Begeisterung, Brüderlichkeit und Freundschaft der Alliierten an dieser Front fürchten und seine Defensivstellungen verstärken will.

Amerikanische Lebensmittel für Polen.

Aus Stockholm wird gemeldet:

Laut Svenska Dagbladet haben die Ententeänder jetzt eingewilligt, daß von Amerika gesandte Lebensmittel nach Polen durchgelassen werden, vor allem unter der Bedingung, daß Deutschland und Österreich-Ungarn verpflichten, aus den von ihren Truppen in Polen besetzten Gebieten keine Lebensmittel auszuführen. Man wartet nun mit Spannung auf die Antwort der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung. Da es aber auf jeden Fall noch fünf bis acht Wochen dauern wird, bevor die Lebensmittel aus Amerika eintreffen, hat sich der polnische Vertrauensmann zusammen mit der amerikanischen Hilfskommission an die Börsen der skandinavischen Staaten mit der Bitte um Fortsetzung von Lebensmitteln gewandt. Norwegen hat schon 1000 Tonnen

Getreide oder Mehl versprochen, und man hofft, aus den Schweiz einen solchen Vorhau zu erhalten, der dann im Eintreffen der Sendungen aus Amerika wieder zurückgestellt werden soll.

Versekkt.

Die Agence Havas meldet aus Alger: Ein Tauchboot der SMS Grimml 28 Mann der Besatzung wurden geborgen und nach Algier gebracht. Sie lagen auf, doch in der fraglichen Gegend lag zwei andere englische Dampfer torpediert worden waren.

Der Temps meldet: Der französische Polldampfer Ville d'Urgy hat auf hoher See die Besatzung des englischen Dampfers Traumfels aufgenommen, der von einem österreichischen Tauchboot versenkt worden war.

Englische Stimmen zu Wilsons Friedensrede.

Die Londoner Westminster Gazette erklärt in einem Leitartikel, daß Friedensbedingungen, die von der Vorstellung ausgehen, daß sämtliche Kriegsführenden die gleiche Schuld an dem Ausbruch des Krieges tragen, unannehmbar seien. Das Kriterium über die Verteilung nach dem Kriege sagt, kommt uns außerst wichtig vor. Wenn die "Sicherheit der Handelsstraßen auf See" bedeutet soll, bis in Friedenszeiten ihre ungehinderte Bewegung feststellen müsse, dann wir unser eigenes Verhalten des letzten Jahrhunderts genau diesen Grundzustand absolut beweisen. Wenn aber die Erklärung bedeutet, daß unter Seeherrschaft in Kriegszeiten eingeschränkt werden soll in einer Weise, die uns unserer Hauptwaffe und unserer Verteidigungswaffe beraubt würde, müssen wir doch manches befehlen. Mittelmehr hat der Gedanke des Präsidenten Wilson, eine Völkerbund zu gründen, um zu verhindern, daß ein Krieg entsteht im Widerstreit mit den Verteidigern, oder ohne Warnung, oder daß die Streitfrage der Welt sofort unterdeckt werden sollte, entdeckt, unsre warme Sympathie. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten jenen Gedanken trägt, so würde damit zu rechnen sein, daß die Vereinigten Staaten sich künftig an der Weltpolitik beteiligen werden, und man wird in Zukunft in der Politik mit Amerika rechnen müssen. Man soll aber noch einen Schritt weiter gehen, um das schöne Traumbild eines Weltbundes in der Realität zu gestalten, denn wenn jener Bund ja auf papierne Protesterklärungen baschiert, würde er in der Welt ohne aggressive Wirkung sein. Die vereinigten Staaten, welche einen Punkt haben, müssen bereit sein, gegen ein Volk vor einer Völkergruppe, welche aggressive Handlungen begeht oder es ablehnt, einen Streit einer Konferenz oder einem Schiedsgericht zu unterziehen. Gewalt anzuwenden. Auch soll ein derartiger Weltbund sein, gewaltätig gegen ein Volk oder mehrere Völker dagegen, welche durch außorechte militärische Rüstungen den Frieden gefährdet oder der Welt die verteidigende Würde des Rüstungskampfes auferlegen. Präsident Wilson — so schlägt die Westminster Gazette — habe seine Rede begonnen mit der Erklärung, daß Europa sich in einem anarchistischen Zustand befindet, und daß Amerika alles versuchen werde, sich zu verhindern, um die Zukunft zu verhindern. Es wäre bedeutsam, wenn man sich über diesen Anfang seiner Rede so erstaune, daß man die Rede überfaßt.

Ein amerikanischer Gesandter über Wilsons Mission.

Der Bostoner Zeitung wird aus Amsterdam gemeldet: Im Anschluß an den Bericht meines Londoner Geschäftsmannes der Aufstellung der englischen Friedenskräfte über die Friedensbedingungen Wilsons habe ich heute eine Unterredung mit dem amerikanischen Gesandten von Unt. im Haag, der mir folgendes sagt: Präsident Wilsons Haltung in der Friedensfrage hat absolut nichts Problematisches an sich. Wilson hat die guten Dienste der amerikanischen Regierung gleich zu Anfang des Krieges an. Dieses Verhältnis ansonsten wurde von beiden Seiten abgelehnt. Wilson könnte darauf hinzuweisen, daß sein Amerikaner wohl für alle Zeiten einsatzbereit, er es aber nicht erneut würde, ehe beide Seiten einsatzbereit wären. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er sich freuen würde, zur Errreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens für Europa befähigt zu sein, wie sich auch ganz Amerika darüber freuen würde. Die Rolle eines gerechten Vertrages ist eine gegebene, aber ich bin überzeugt, daß der Präsident nicht politisches Spiel treibt, um sich dieser Rolle zu bemächtigen. Den gleichen bin ich überzeugt, daß die amerikanische Friedenslage nicht für innerpolitische oder finanzielle Zwecke benutzt wird. Diese Ansicht ist meiner Meinung nach reiner Unsum. Ich habe nichts Vertrautes zu den Grundzuständen der Friedensfrage und habe sie selbst seit über einem Jahr untersucht; aber ich glaube, die Liga sollte nicht "for enforcement", sondern "for protection of peace" gehandelt werden. Wir können den Frieden nur erzielen, aber wir sollten ihn nicht darüber freuen.

Eine Steuerdebatte im Dreiklassenshaus.

Im Abgeordnetenhaus, das am Dienstag nach einer zweimonatigen Verlängerung seine Arbeiten wieder aufnimmt, kam es gleich zu Beginn der Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten auf der einen Seite und den Präsidenten und den bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite. Der Präsident schlug vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen. Obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hätten sich doch die Sozialdemokraten ausnahmsweise damit einverstanden erklärt. Wenn unsre Genossen trotzdem dagegen protestierten und die strenge Innehaltung der Gesetzesordnung verlangten, so auf den Grunde, weil ihnen dagegen in einer Sitzung der Präsident vor, einige noch gar nicht eingegangene Entschließungen, darunter die über die Besteuerung von Kriegsschäden in Ostpreußen, sofort nach ihrem Eingang der verdeckten Haushaltssumme zu überweisen, obwohl dieser Vorschlag der Gesetzesordnung widerpricht, hät

wobei er erklärte, daß angesichts eines solchen Verhaltens die Sozialdemokraten auf strenge Innenhaltung der Vorschlägen der Reichsversammlung dringen mühten. Es blieb den Mehrheitsparteien und dem Präsidenten nichts anderes übrig, als sich dem Willen unserer Fraktion zu fügen. Die Vorschlägen werden, wenn sie eingegangen sind, auf die Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung gelegt werden. Auf den Einwand des Herrn v. Sodtik, daß sich durch die Session in die Länge ziehe, und daß die Sozialdemokraten Schuld daran seien, wenn dem Staat durch Fortzahlung der Diäten weitere Ausgaben erwünscht, kann man entgegenhalten, daß die bürgerlichen Parteien diesen vermöglichsten Schaden hätten abwenden können, wenn sie ihre Unterschriften zu unserem Antrag geben hätten.

Rathdem das Haus debattlos einen von allen Parteien eingebrachten Antrag angenommen hatte, der die Steuererstattung erfordert, in der verstärkten Haushaltssumission Verteilung zu machen, welche Maßregeln sie zur Sicherstellung einer zweckmäßigen und gerechten Verteilung der Lebensmittel getroffen hat und noch zu treffen gedenkt, wandte man sich zur dritten Abstimmung der Vorlage über Erhebung besonderer Zu- und Abzüge zur Einfuhr- und Ergänzungsteuer.

Die Redner der konserватiven Parteien, der Nationalliberalen, des Zentrums und der Fortschrittsgruppe, erklärten ihre Abstimmung zu der Vorlage, nicht ohne daß von dieser oder jener Seite eine mehr oder minder scharfe Kritik an dem Steuerkompromiß des Reichstags geübt worden wäre. Insbesondere gab Herr v. Seydebrand an der Befürchtung Ausdruck, daß das Steuerkompromiß den Anfang der Einführung einer Reichsvermögenssteuer bedeute.

Er erklärte, seine Freunde würden diesem bedenklichen Vorprojekt nur schweren Herzens zustimmen. Auch für die preußische Vorlage könnten sie nur deshalb stimmen, weil sich die Steuerzölle nur auf ein Jahr erstrecken, sollte das Herrenhaus die ursprüngliche Regierungsvorlage, wonach die Busholze bis zum Ende des Krieges erhoben werden sollten, wieder herstellen, so würden sie später die Vorlage ablehnen. Bestimmend äußerten sich die Abgeordneten Pachnicke, Sodtik und Friedberg, während Genossen Hirsch den ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion begründete. Er wies darauf hin, daß die Vorlage durch die Art der Behandlung und durch die Beschlüsse zweiter Lesung eine politische Bedeutung erlangt habe. Seine Freunde könnten sich mit dem Grundziel, daß die direkten Steuern den Bundesstaaten und die indirekten dem Reiche vorbehalten bleibent, nicht einverstanden erklären. Es sei charakteristisch, daß Herr v. Seydebrand schon in dem schwindlichen Kompromiß des Reichstags das Ende der finanziellen Selbständigkeit der Einzelstaaten erblickte. Angetischt der fortwährenden Bevölkerung der Opfer, die die bestehende Kasse im Kriege gestreikt hätte, wies unter Genossen Hirsch auf die gewaltige Opfer gerade der minderbemittelten Schichten hin, die nicht nur Gut und Blut geopfert, sondern sich auch tapfer in der Kriegsfürsorge und in der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens betätigten. Er erinnerte nur an die Tätigkeit der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Was die Vorlage betrifft, so ist zu bedenken, daß in der zweiten Lesung alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt seien. Der Minister habe gefragt, wer Meinte habe, der müsse auch Pflichten übernehmen. In Wirklichkeit habe das preußische Volk keine Rechte, es fehlt noch immer nicht das freie Wahlrecht, und selbst gegen die beschiedene Reform des Vereinsgesetzes laufe man im Reichstage zu einem. Wie fehlt auch das Recht des Parlaments-Immunitäts ausgeschaltet werde, das zeige der Fall Liebnecht. Gewiß wie der Staat ein Defizit auf, aber das Defizit könne beseitigt werden, wenn man aus dem Staat die Summen erreiche, die als Kompensationen gegen die Polen, Tschechen und Sozialdemokraten anzusehen sind. Solange das nicht der Fall sei, könne er das Bedürfnis nach neuen Steuern nicht anerkennen. Wenn die Regierung diese Positionen streiche, so habe sie nicht nur die Mittel, um den Staat zu balancieren, sondern sie würde damit auch den Beweis erbringen, daß es ihr Ernst sei mit der so oft verherrlichten Neuorientierung, die nun lange genug habe auf sich warten lassen.

Die Ausführungen unseres Genossen haben den Finanzminister Anlaß, nochmals seinen Standpunkt zu vertreten, wonach die preußischen Steuerzahler für ihre Rechte auch Blicke erfüllen mühten. — Genossen Hirsch erwiderte dem Minister, daß so lange in Preußen nicht das gleiche Wahlrecht eingeführt sei, man nicht davon reden könne, daß gleichen Rechten gleiche Pflichten gegenüberstehen. Seine Freunde könnten sich der Anklage des Ministers, daß grundsätzlich das Wahlrecht nach der Steuerleistung abgestuft sein müsse, nicht anschließen. Weiter wandte sich unter Genossen gegen den konserватiven Abgeordneten Band, der sich in einigen burrapatriotischen Phrasen ergangen hat und auf die Rede des Genossen Hirsch eine Antwort erteilte, die bewies, daß er überhaupt nicht gehört hatte.

In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Polen hatten demonstrativ den Saal verlassen. — Die nächste Plenarsitzung findet am Sonnabend statt. Auf der Tagesordnung stehen die Deutschen, deren Eingang erwartet wird.

Deutsches Reich.

Ein Frauenbeirat für das Kriegsberührungsausschuß.

Der Vorstand des Kriegsberührungsausschusses beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Dienstag u. a. mit dem gegenwärtigen Stande der Versorgung auf verschiedenen Lebensmittelgebieten. Insbesondere wurde geprüft, auf welchen Wegen die die nächste Zeit der schwierigsten Bevölkerung beförderte Mengen an Nahrungsmitteln zugeführt werden können. Außer den, wie bereits bekanntgegeben, von der Reichsverteidigungsamt diesen zweitwöchentlich geschaffenen zwei Millionen Tonnen Transporteide sollen noch verschiedene andere Quellen erschlossen werden. Sie sollen insbesondere solchen Staaten und Industriegemeinden zugute kommen, die die Massenspeisung in erheblichem Umfang und in zweckmäßiger Weise zur Durchführung bringen. Die Beratungen sollen in der am Sonnabend stattfindenden Besprechung mit Vertretern der Städte und Industriebezirke zum Abschluß gebracht werden, damit möglichst schon vor Pfingsten praktische Fortschritte erzielt werden.

Darunter wurde die Frage der Butter- und Fettversorgung mit Vertretern aller beteiligten Stellen besprochen. Diese Besprechung soll vom Vorstande morgen zu Ende geführt und das Ergebnis in Form bestimmter Vorschläge dem Herrn Reichs-

kanzler unterbreitet werden. Die Tagesordnung für die, wie schon bekanntgegeben, in der nächsten Woche stattfindenden Beratungen mit Vertretern der Verbraucher, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels wurde festgestellt. Versprechungen mit Vertretern des Ernährungswesens (Bäder, Ackerbau, Fleischer, Gastwirte) sollen alsbald nach Pfingsten stattfinden. Die Organisationen sollen um Vorschläge von Vertretern erucht werden.

Der Reichsversammlungsausschuß angeregten Ergänzung des Vorstandes durch einen Vertreter der Landwirtschaft wurde zugestimmt. Mit den bei den Ernährungsfragen besonders beteiligten Frauen beschäftigt der Kriegsberührungsausschuß Zahlung herzustellen, indem die Ernährung einiger Haushalte zu Mitgliedern des Heeres in Aussicht genommen ist, wogen deren Auswahl noch verhandelt wird. Daneben soll für die Fragen, die Frauen besonders berühren, ein aus Vertretern der verschiedenen Berufe und Organisationen bestehender, nach Bedarf einberufender Frauenbeirat für das Kriegsberührungsausschuss gebildet werden.

Die Zielsetzung des Kanzlers.

In einer Meldung, die das Berliner Tageblatt aus München über den Besuch des Kanzlers in München erhält, wird u. a. folgendes gefaßt:

Der ganze Verlauf des Besuches und die Art, wie er hier an maßgebender Stelle besprochen wird, berechtigen zu der bestimmten Überzeugung, daß bei der Versprechung der Kanzlers glie die höchste Stelle und die leitenden Persönlichkeiten durchaus mit den Richtlinien des Kanzlers übereinstimmen, und daß die Anstrengungen darüber an jenen Stellen, insbesondere auch der höchsten, verständnisvoller für die Realitäten der Lage sind, als bestimmt, nicht näher zu bezeichnende Kreise gäben. So hat der Besuch des Kanzlers in erfreulicher Weise dazu beigetragen, Alles in manchen Punkten zu schaffen und die gegenseitige Sympathie noch zu stärken.

Die Einfuhr von Räubern.

Die Zentralstaatsaufsichtsgesellschaft G. m. b. H. leistet auf Grund der Verordnung vom 11. März 1916 mit, daß sie bis auf weiteres dem Handel allgemein die Genehmigung erteile, Räuber aus Schweden und Norwegen einzuführen und in den Verkehr zu bringen. Bei jeder Einfuhr sei nur die vorgeschriebene Anmeldung vorzunehmen, worauf die Z. G. G. ausnahmslos verzichtet wird, soß sie auf die Lieferung verzichtet. Ferner wird die Z. G. G. zunächst bis zum 31. Juli 1916 die Einfuhr von Schweizerseide unter der Bedingung, daß die Einfuhr und der Verkauf sich in den von der Z. G. G. vorgeschriebenen Formen vollzieht, dem Handel überlassen. Abdrücke für den Geschäftsort der vorgeschriebenen Bedingungen sind unentbehrlich von der Verzeichnungsstelle für Schweizerseide in München 8 zu erhalten. Die wesentlichen Bedingungen gehen dahin, daß Auktionsauktionen an den Schweizer Lieferanten nur durch Vermeidung der vorgenannten Verzeichnungsstelle erfolgen dürfen und daß für den Vertrieb im Inlande dem Händler gewisse Beschränkungen bezüglich des Verkaufes vorgeschrieben werden. Der Höchstpreis, der bei der Abgabe von Räubern dem Verbraucher gefordert und bezahlt werden darf, beträgt bis auf weiteres 2,30 M. für das Pfund.

Eine Zuckerdebatte im Reichstagsausschuß.

Der Reichshausaftausch des Reichstags führte am Dienstag abends die Beratung der Ernährungsfragen an. Unter Aufsicht des Kanzlers führte die Kanzlerin an Jäger auf den Rückgang der Abbauländer und die Steigerung des Verbrauchs zurück.

Präsident Rautz bestätigte die Angaben des Kanzlers. Zur Verfüzung länden 6,5 Millionen Doppelzentner bis November, wodurch der Überschubbedarf gedeckt und außerdem noch ein großer Überschuss für die Süßindustrie geschafft sei. Die Wermelabfabriken erhalten 30000 Doppelzentner, die Salzfabriken 15000 Doppelzentner, die Kunsthonigfabriken 10000 Doppelzentner. Die Kunsthonigfabriken müssen wie Pille aus der Erde, man müsse daher zurückholen. Für das Einmachen in den Haushaltungen stehen 40000 Doppelzentner zur Verfügung; sie werden verteilt zu einem Drittel nach Obstbäumen, einem Drittel nach Haushaltungen und einem Drittel nach Kindern unter 14 Jahren. Das Sacharum bietet eine gute Hilfe.

Präsident Rautz erklärte eine Ertragsschätzung der Zuckerernte für unmöglich. Die Abbauländer sei gegen 1915 um 10 Prozent gesunken. Das nicht zu Marmelade verarbeitete Obst müsse als Trockenost erhalten bleiben.

Die neue Kriegskreditvorlage. Die in diesen Tagen zu erwartende neue Kriegskreditvorlage der verbündeten Regierungen wird, wie das Berliner Tageblatt hört, nicht, wie bei den letzten Begegnungen in der Budgetkommission, von verbindlichen Abnahmen, sondern 10 Milliarden, sondern 12 Milliarden Mark betragen. Die Vorlage wird in Form eines Nachfragests wahrscheinlich Anfang nächster Woche, unmittelbar nach Abschluß der Sonderdebatte im Plenum, dem Reichstag zugehen.

Die neue Bevölkerungsordnung. Die Regierung hat dem Reichstag den Entwurf einer Ergänzung des Bevölkerungsgesetzes wieder zugehen lassen. Der Entwurf hat den Reichstag bereits beschäftigt. Damals ist eine Erhöhung der Gehälter der gehobenen Beamten verlangt worden. Die Regierung erklärte, daß damit die Rosette für sie unannehmbar würde. Der Reichstag blieb jedoch auf seinen Begehörigen beschränkt und die Rolpe war, daß das Gesetz scheiterte. Am schwersten getroffen waren die Unterbeamten, die nun aus einer Gehaltserhöhung defanimiert. Bei den letzten Beratungen in der Budgetkommission ist von verbindlichen Abnahmen und Belohnungen der höheren Beamten, die Kunsthonigfabriken, und niedrigere auch vom Adm. Ebert, die Wiedereinberufung der Bevölkerungsordnung gefordert worden. Die Regierung sprach das zu und diese Forderung hat sie jetzt eingeholt. Die Vorlage erhält auch die längst geforderte Aufmerksamkeit der Reichstags. — Ob die Vorlage vor dem Spätherbst erledigt werden kann, ist allerdings sehr fraglich, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Parteien auf eine Kommissionserörterung verzichten werden.

Kriegskontrollgesetz. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes zugegangen, der im wesentlichen besagt: Der Rechnungshof wird ermächtigt, für die Rechnungslegung über die Einnahmen aus Abgaben des Reiches und der Schatzbehörde bis zum Schluß des Rechnungsjahrs, in dem der Krieg beendet wird, Erleichterungen anzurufen oder auch von der Regierung einzelne Rechtmäßigungen ganz absehen. Der Rechnungshof wird ferner ermächtigt, die Rechnungen über diese Einnahmen und Ausgaben nach seinem Ermessen zu beobachten oder sie an seiner Stelle einleihen. Mitglieder des Rechnungshofes oder den Verwaltungsbehörden zu übertragen und hierbei eine vereinfachte Prüfung zu gestatten. Auch kann die Mithilfe von kauströmischen oder anderen Sachverständigen bei der Rechnungsprüfung zugelassen werden.

Parteiangelegenheiten.

Der Vorwärts und Genossen Legien. Genossen Legien sendet dem Vorwärts zu dem Bericht über die Niederbarnimer Kreisgeneralversammlung eine Zuschrift, worin er zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen folgendes sagt:

Nach dem Bericht hat die Versammlung einem Antrage zugestimmt, der meinen Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei fordert. Das will nichts weiter bedeuten. Denn weder die Organisation von Niederbarnim noch die von Groß-Berlin hat über meine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zu bestimmen. Nur die Bezeichnung des Beitrages paßt mir nicht. Ich soll seit 1916 keine Parteibeiträge bezahlt und den Vorwärts abgestellt haben.

Das Straß- und Auschlußverfahren gegen mich, das seit Juli 1915 den Parteifunktionären von Niederbarnim und Groß-Berlin seit und viel Zeit gerichtet hat, habe ich stets von der hinteren Seite genommen. Deswegen habe ich nicht nur für 1915, sondern im März d. J. auch die Beiträge für 1916 einschließlich des Monats Juni beglichen.

Der Vorwärts wurde mit dem Tage, an dem er eine offizielle Gründung der Arbeitsgemeinschaft am ersten Siecle brachte, Organ dieser Parteigruppe und wurde auf ein Blatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu jenem Tagewagen habe ich ihm abgetreten. Keine Parteiorganisation kann mich zwingen, ein gegnerisches Blatt zu halten. Von dem Abwesenheit auf den Vorwärts hängt die Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Parteiorganisation nicht ab. So weit ich mich als Parteimitglied verpflichtet fühle, ein Parteorgan zu halten, habe ich diese Verpflichtung durch das Abonnement auf das Hamburger Echo erfüllt.

Die Mitteilung Legiens über die Erfüllung seiner Beitragspflicht wird durch eine weitere im Vorwärts veröffentlichte Nachricht des Bezirksoffiziers von Niederbarnim bestätigt, wonach zu dem Bericht über die Kreisgeneralversammlung von Niederbarnim bestätigt und mitgeteilt wird, daß die Wahlvereinsbeiträge für den Genossen K. Legien bis zum 30. Juni 1916 beglichen sind. Die gegenwärtigen Angaben auf der Generalversammlung beruhen auf einem Irrtum.

Damit dürfte der Vorwurf der Beitragspresse erledigt sein. Anders ist es freilich mit der Aufnahme des Vorwärts-Abonnements. Wir sind im Gegenteil zu Legien der Meinung, daß jede Parteigruppe das Parteiblatt zu jenem Tagewagen habe sich abgetrennt. Rautz ist der Vorwärts auf den Tagewagen, liegt im Vorwärts und die Mehrzahl der Abonnenten auf einem Irrtum.

Aus aller Welt.

Schweres Strafenenländ am Potsdamer Platz in Berlin.

Ein schwerer Unfall, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich Dienstag abend gegen 8½ Uhr am Potsdamer Platz. Zwei steigen ein Motorwagen der Straßenbahn und ein Wiedereinsteigen mit solcher Gewalt zusammen, daß der Wagen umkippt und die Mehrzahl der Fahrgäste verletzt werden.

Der Berliner Lokal-Anzeiger meldet darüber folgendes: An der Ecke der Potsdamer und der Linienstraße wollte abends gegen 8½ Uhr ein Omnibus der Linie 15 kurz vor einem davorstehenden Triebwagen der Linie 81 das Gleis noch freuen. Der Abstand zwischen den beiden Wagen war aber zu gering, als daß der Omnibus durch seine Fahrt das Gleis erreicht, als auch bereits der Straßenbahnen an diesem Schnittpunkt gelangt war. Trotzdem der Wagenführer mit aller Kraft bremste und der Omnibusfahrer noch ausweichen versuchte, erfolgte in der nächsten Sekunde der Zusammenstoß. Dieser war so heftig, daß der Omnibus umgeworfen wurde. Von den Fahrgästen meldeten sich acht als verletzt, die Mehrzahl hatte einen Rucksack an den Kopf bekommen, nur wenige wiesen andere Verletzungen auf. Von den Verletzten mußten drei in ärztliche Behandlung gegeben werden, während die übrigen, nachdem sie sich erholt hatten, ihren Weg fortfuhren konnten.

Letzte lokale Nachrichten.

In der Vergangenheit über eine ihn befallene in seiner in der Konfidenzstraße tötete die Tochter seine Vormittag in seiner Wohnung der 50 Jahre alte verheiratete Arbeiter Friedrich Schöne durch Erhängen.

Telegramme.

Die bayrische Regierung und der Kanzler.

München, 30. Mai. Zu dem Besuch des Reichskanzlers in München schreibt die Bayrische Staatszeitung: Während seines hierfür hatte der Kanzler Gelegenheit, den König in longer Audienz ausführliche Mitteilungen zu machen über den Stand der internationalen Lage. Über alle damit zusammenhängenden wichtigen Fragen der äußeren und inneren Politik ließ dann auch noch den Oberstand einer eingehenden Besprechung des Reichstags mit dem Ministerpräsidenten, Grafen Herling, bildeten. Daß ein unmittelbarer Meinungsauftausch über die bedeutendsten Angelegenheiten, die der Entscheidung immer näher rücken, für alle Beteiligten von höchstem Interesse ist, ist nur zu natürlich; um so unverständlich ist es, wenn sie und da, mit dem Besuch des Kanzlers am diesigen Sonnabend, alle möglichen drohenden Gefahren und wüstlichen Kombinationen, die eine Bildergesetz gar nicht verhindern, erfuhr. Der Kanzler wird aus den gesagten Befürchtungen heraus bestätigt, daß die Mehrheit der Deutschen und verständnisvolle Zustimmung findet.

Bayerischer Bericht.

+ Bayr. 30. Mai. Das Große Hauptquartier teilt im Hochdeutschen für den 20. bis 25. Mai mit: Im Laufe der Woche werden die Abnahmen der Süßindustrie wieder aufgenommen. Die Wermelabfabriken erhalten 30000 Doppelzentner, die Salzfabriken 15000 Doppelzentner, die Kunsthonigfabriken 10000 Doppelzentner. Die Kunsthonigfabriken müssen wie Pille aus der Erde, man müsse daher zurückholen. Für das Einmachen in den Haushaltungen stehen 40000 Doppelzentner zur Verfügung; sie werden verteilt zu einem Drittel nach Obstbäumen, einem Drittel nach Haushaltungen und einem Drittel nach Kindern unter 14 Jahren. Das Sacharum bietet eine gute Hilfe.

Zuffenhausen: Am 20. Mai abends hat ein belgisches Flugzeug während eines Kampfes in der Höhe von Kleopart ein deutsches Flugzeug herabgeschossen, das ins Meer fiel. Auch ein anderes belgisches Flugzeug fiel durch das Feuer unserer Abwehrflieger getroffen. Am 22. und 23. Mai wechselten starke Bombenangriffe mit starken Gegenangriffen. Am Abend des 21. Mai wurde eine deutsche Abteilung, die einen unserer Posten am östlichen Abenteuer abgewiesen, von Zigarettenangriffen aufgezögert. Die Abteilung nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 24. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 25. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 26. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen.

Zuffenhausen: Am 20. Mai abends hat ein belgisches Flugzeug während eines Kampfes in der Höhe von Kleopart ein deutsches Flugzeug herabgeschossen, das ins Meer fiel. Auch ein anderes belgisches Flugzeug fiel durch das Feuer unserer Abwehrflieger getroffen. Am 21. Mai wechselten starke Bombenangriffe mit starken Gegenangriffen. Am Abend des 21. Mai wurde eine deutsche Abteilung, die einen unserer Posten am östlichen Abenteuer abgewiesen, von Zigarettenangriffen aufgezögert. Die Abteilung nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 22. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 23. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 24. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 25. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 26. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen.

Am 27. Mai wurde eine deutsche Abteilung, die einen unserer Posten am östlichen Abenteuer abgewiesen, von Zigarettenangriffen aufgezögert. Die Abteilung nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 28. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 29. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen. Am 30. Mai nahm unter Artilleriefeuer abgewiesen.

Am 29. Mai waren feindliche Flugzeuge 30 Bomben auf ein Stadtbüro von Sinaia, model sie mehrere Personen töteten, teils verletzten, teils zerstörten und einige Häuser beschädigten. Am 27. Mai gingen ein feindliches Torpedoboot und feindliche Flugzeuge gegen El Ar



Kartoffelverteilung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1916 wird bestimmt: Für den 17. Wohljahrspolizeibezirk werden als Bezirkshändler die Firmen

Michael Jacob, Mathildenstraße 68 und
Emil Fehrmann, Augsburger Straße 82

eingesetzt.

Die Firma Möbius u. Fröhlich, Pfotenbauerstraße 7, hat den 11. und 25. Wohljahrspolizeibezirk als Bezirkshändler weiter zu bedienen; für den 17. Bezirk schreitet sie auf.

Dresden, am 30. Mai 1916.

Der Rat zu Dresden.

Anzeige der Getreide- u. Mehlbestände am 31. Mai 1916

Nach einer Anordnung der Reichsgetreidestelle vom 12. Mai 1916 haben die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände die bei ihnen vorhandenen Getreide- und Mehlbestände am 31. Mai 1916 festzustellen. Zur Durchführung dieser Anordnung wird folgendes angeordnet:

§ 1. Die von den Mühlen, Händlern und Bäckern aller vier Bezirke einzureichenden Bestandsanzeigen über Brotgetreide oder Mehl sind im Kommunalverbände Dresden und Umgebung auch am 2. Juni 1916 auszufüllt nach dem Stande vom 31. Mai 1916 abends, an die vorgeschriebenen Stellen, für Mühlen, die Reibekräne, für Bäcker und Händler die Gemeindebehörden, in Dresden die Wohljahrspolizeibezirke (Wohlbezirke) einzureichen.

Auf dem Bestandsanzeigen ist am Schluß auch aufzuführen:

- ob und welche Mengen Delikatessenmehl ausländisches Brotgetreide oder Mehl, getrennt nach Roggen, Weizen, Roggennmehl und Weizennmehl, vorhanden sind;
- ob und welche Mengen von Selbstverkörtern gehöriges Brotgetreide oder Mehl, getrennt nach Roggen, Weizen, Roggennmehl und Weizennmehl, vorhanden sind.

§ 2. Alle Getreide (Landwirte), die noch Brotgetreide, gebrödete und ungedroschenen, besitzen oder die Roggen- oder Weizennmehl besitzen, haben die am Schluß des 31. Mai 1916 bei ihnen vorhandenen Vorräte ebenfalls anzugeben.

Hierbei ist von Selbstversorgungsberechtigten Anzeigepflichtigen anzugeben, wieviel von diesen vorhandenen Mengen zur Selbstversorgung ihres Haushalts und Gesindes bis 15. August 1916 beansprucht wird.

§ 3. Die nach § 2 vorgeschriebene Erhebung erfolgt gemeindepflichtig. Die Gemeinden erhalten Ortslisten von den Kreishauptmannschaften zugeschickt, in die sie die Anzeigen einzutragen haben.

Die nach § 2 angepeflichteten Landwirte haben die gesuchte Anzeige unverzüglich am 1. Juni 1916 bei der Gemeindebehörde zu erläutern.

§ 4. In Dresden ist die nach § 2 vorgeschriebene Anzeige an den örtlich zuständigen Wohljahrspolizeibezirk zu erstatten, der sie in die Ortsliste einträgt.

§ 5. Alle Angaben zu § 1 und § 2 sind in Gentinen und Pfund zu machen.

§ 6. Die Gemeindebehörden, in Dresden die Wohljahrspolizeibezirke, sind berechtigt, die Angaben der Anzeigepflichtigen nachzuprüfen. Sie sind berechtigt, deren Räume zu betreten und Geschäftsbücher einzusehen.

Dasselbe Recht besteht bei Personen, die keine Anzeige erstatten, für die aber das Vorhandensein von Vorräten und der Anzeigepflicht zu vermuten ist.

§ 7. Grunderhandlungen gegen diese Bekanntmachung, insbesondere unterlassene oder unrichtige Anzeigen, werden nach § 6 der Bundesstaatsverordnung vom 2. Februar 1915 (verbunden mit Bundesratsverordnungen vom 8. September und 21. Oktober 1915) mit Geld bis zu 10.000 Pr. oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen worden sind, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.

Dresden, am 30. Mai 1916.

für den Kommunalverband Mittelsachsen:

Der Kommunalverband Dresden und Umgebung. [L 145]

Bekanntmachung,

die Errichtung eines Arbeitsnachweises betreffend.

Mit Zustimmung des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Königsbrück und Nachbarorte wird bei der Geschäftsstelle der heiligen Ortskrankenkasse für die Gemeinden Königsbrück, Niederlößnitz, Naundorf, Blasewitz und Lindenau eine

Nebenstelle des Centralarbeitsnachweises

für den Bezirk der Königl. Kreishauptmannschaft Dresden

für alle Berufe errichtet. Die Vermittlung erfolgt kostenlos.

Anmeldungen des Bedarfs an Schulen sowie Angebote von Beschäftigungssuchenden werden werktags von 8—1 und 8—5 Uhr an Stellstellen der heiligen Ortskrankenkasse entgegengenommen.

Königsbrück, den 23. Mai 1916.

L 145] Der Gemeindevorstand. Schüller.

Kemnitz.

Der Gemeinde Kemnitz ist eine kleine Quantität Brennspiritus überwiesen worden, die der minderbemittelten Bevölkerung mit einem jährlichen Einkommen von nicht über 1200 Pr. gegen von der Gemeindeverwaltung ausgestellte Bezugsscheine zur Verfügung gestellt werden soll zum Preise von 55 Pf. für die Litterfläche.

Weiterhin können nur bei gefühliger Bedingungs-Bezugsscheine ausgestellt werden. [K 382]

Die Herausgabe dieser Bezugsscheine erfolgt Freitag den 2. Juni, von 9—12 Uhr vormittags, im Gemeindeamt.

Gemeinde steht eine kleine Quantität Brennspiritus zum Preise von Pr. 1,50 für die Litterfläche dem freien Verkaufe in den einschlägigen Geschäften zur Verfügung. Der Gemeindevorstand.

Kemnitz. Butterverteilung.

Auf Abschnitt 18 der Lebensmittelarten 121 bis 210 wird Donnerstag den 1. Juni je 1/4 Pfund Auslandsbutter zu 78 Pf. bei Lenz & hier, abgegeben. [K 382]

Kemnitz, am 31. Mai 1916. Der Gemeindevorstand.

Verband der Asphalteure und Pappdachdecker

Dresden II.

Donnerstag den 1. Juni, nachmittags 2½ Uhr

Versammlung

im Volkshaus (Gesellschaftsraum), Nienbergstr. 2, pt.

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere eingereichte Teuerungszulage, eventuell Beschlusseinführung dazu. — 2. Verschiedenes.

Das Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht.

Der Einberufer.

Lohnbuch

zu Steuerzwecken für das Jahr 1916 als Grundlage zur Steuereinschätzung für 1918.

Zur Anwendung gemäß der im sächsischen Einkommensteuergesetz gemachten Vorschriften

Preis 30 Pfennig.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung und die Zeitungsträger.

Tharandt und Umg.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche Zeitungen, Zeitungen und Deudenströme nimmt jederzeit

Paul Friedler, Greifweg 11a.

Deutsche Kriegs-Ausstellung Dresden 1916

Brühlsche Terrasse Albertinum

Mit Hilfe der Heeresverwaltung zum Besten des Roten Kreuzes

Juni bis Mitte August

Geöffnet von 9 bis 8 Uhr

Eintrittspreis: M. — 50 für Erwachsene
L 145] M. — 25 für Kinder und Militär.

Gasthof Leuben.

Donnerstag den 1. Juni (Himmelfahrtstag):

Kriegsdichter- und Musiker-Abend

zunächst bei Kriegshilfsausschusses der Gemeinden Niedersedlitz, Leuben u. Laubegast. — Dichter: Max Beyer, Laubegast.

Frau Fabrikbesitzerin: M. Fischer, Laubegast: Lieber am Klavier.

Eintritt 50 Pf. [K 138] Beginn abends 8,30 Uhr.

Wir empfehlen:

Leuchtende Stunden

Jeder Band 1,75 Pr.

Band 1. Job. Trojan, Unsere deutschen Wälder.

Band 2. G. Hermann, Aus guter alter Zeit.

Band 3. E. Fürst, Das Reich der Kraft.

Band 4. B. Bloem, An heimischen Ufern.

Band 5. G. Engel, Auf hoher See.

Band 6. G. Haedel, Die Natur als Künstlerin.

Band 7. R. Bresler, Geweihte Stätten.

Band 8. W. Böhlke, Die deutsche Landschaft.

■ Alle Bände sind reich illustriert. ■

Mit der Post als Drucksache 25 Pf. Porto.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Bettinerplatz 11, und die Zeitungsausträger.

Statt Karten!

Anna Gräfin Grawunder

Rudolf Seifert

Verlobte.

Posen

Mai 1916

Gittersee

(z. Z. Garnison Posen)



Volksmännerchor, Dresden.

Am 1. Mai starb in russischer Gefangenschaft

unter langjähriger, treuer Sangesschüler [V 146]

Emil Stiefel.

Sein Leidenden! Der Vorstand.



Am 28. Mai 1916 erhielten wir die schwerste Nachricht, daß nach 17 monatiger Pflichterfüllung im vollendeten 23. Lebensjahr mein lieber Sohn, unser Bruder, der Schneider

Erich Natho

Soldat im Inf.-Jnf.-Reg. Nr. 241, 10. Kom., in einem Kriegslazaret verschlissen ist.

Franz Natho, Löpfer

Schönstraße 40, Döb., D.

„Zu unserer großen Entzweiung eine sehr traurige Tatsache.“

„Seit diesem Tag sind wir wieder eins.“

„Wir sind sehr traurig.“

Mit Stern versehene Waren
nur gegen
Seifenkarte!

R.-K.-Zündhölzer
Paket 38

Residenz-Kaufhaus

(Gmbh.)

Abgabe beschränkt und
nur an
**Selbst-
verbraucher!**

Seifen und Wirtschafts-Bedarfsartikel

Kölnisches Wasser
zum Waschen und Baden
Flasche 110, 60, 35,

Für die Wäsche

*la Oranienburger Kernseife 320
etwa 87 Prozent Fettgehalt, hellfarbig,
gut angetrocknet. Pfund 3
etwa 1/2-Pfund-Stück etwa 1/4-Pfund-Stück
1.65 85,-

*Reine Schmierseife . Pfund 1.25

Schmierseifen- Ersatz 30
Beutel (Inhalt ergibt 1 Pf. Schmierseife) 4

*Benzinseife Stück 90,-

*Gallenseife Stück 18,-

Seifenwurzel Pfund 1.20

Quillayarinde Pfund 1.80

Salzmark-Terpentin-Waschpulver 19,-

Beutel, etwa 1 Pfund, 19,-

Stückensoda Pfund 8,-

Reissstärke Pfund 1.80

Boraxpulver 100 g 50,-

Krem- Farbel (Seife) . Flasche 8,-

Krem- Seife Stück 18,-

Feinseifen

*Neutrale Fettseifen (leicht gefüllt),
mit angenehmem Wohlgeruch, sparsam im
Gebrauch, ca. 70 60 50 40 g schwer
Stück 65,- 55,- 45,- 28,-

*Reine Lanolin-Fettseife 60,-

Stück etwa 50 g schwer

Eucalyptus- oder Pfefferminz- 55,-

Mundwasser Flasche 95 und 55,-

Zahnspülver 25 und 12,-

Zahnpasta Dose 35,-

*Rasierseife Stück 1.25 und 95,-

Chinawasser Flasche 85,-

Bay-Rum Flasche 95 und 65,-

Brennnesselwasser Flasche 1.40

Seifenkartentitel!

Waschblock „Na - da“

sehr guter Ersatz für Seife:
gänzlich unschädlich, ohne Schärfe,
sparsam im Gebrauch! Zum Waschen
und Scheeren!

Probestück etwa 1 Pfund 12,-

Bedarfsartikel

Hygienische Gesundheitsbinden
antiseptisch u. nährlos, Dutzend 25,- u. 75,-
Spülanne mit Schlauch, Hahn und
2 Rohren Stück 1.80

Re-Ha Koblenzsäurebad . Stück 1.10

Sauerstoffbad . Stück 1.25

Badekamillen Pfund 50,-

Badealnismus Pfund 75,-

Flechtenadel- oder Kalmus- 28,-

Badesatz Dose 28,-

Parafinkerzen Pfund 1.35

Riebeckerzen Pfund 1.75

Kompositionskerzen Pfund 1.85

Motorkerzen Pfund 2.10

Naphthalin Pfund 30,-

Mottenkugeln Pfund 35,-

Mottentabletten Paket 5,-

Mottentafeln Stück 5,-

Insektenpulver Pfund 2.80

Stramol 25,-

Bleich- und Waschmittel für Strohhütte

Emaille- u. Porzellankitt 10,-

Beutel 10,-

Putz- u. Scheuermittel

Blitzblank-Putzsand Pfund 6,-
Zinnsand Pfund 8,-

Emaileputz Pfund 26,-

Aluminiumputz Pfund 23,-

Aluminium-töpfenputz Pfund 36,-

Silberputz „Silberit“ Pfund 25,-

Putzseife, rosa Stück 9,-

Metallputztücher Stück 28,-

Putzwatte Kasten 48,-

Re-Ka-Schuhkrem

beliebtes und bewährtes, unschätzbares Putzmittel

Glasdose Stück 45,- 32,- 23,-

Blechdose Stück 33,- 23,- 12,-

Schuhstein, weiß Stück 33,- 23,-

Weißes Reinigungsmittel, Flasche 35,-

Lederfett Dose 23,- 12,-

Ia Bohnerwachs

gelb oder weiß

1-Pfund-Dose 1.50 und 1.35

2-Pfund-Dose 2.90 und 2.60

Parkett-Bohneriuch Stück 1.20

Möbel-Bohneriuch Stück 33,-

Aufbürt-Barbe, flüssig Flasche 23,-

für Kleider- und Möbelstoffe.

Dresdner Volks haus

Ritterbergstraße 2 Telephon 21425 Schützenplatz 20

Eigenesheim der Dresdner Arbeiterschaft

Jeden Sonn- und Festtag

:: Großer Familien-Frei-Konzert ::

Spezialität: Schankweine, rot und weiß

zu außerordentlich billigen Preisen

[L 143]

Bürgerschänke

Palmstr. 1 — Edt. Bettineistr.

Täglich

Billige Kriegskost.

Teller nur 25 Pf., Schüssel 50 Pf.

Rest. Kielmannsegg

Tharandter Straße 84

Inh.: E. Günzel — sehr

feine Spezialitäten, Vereine, so-

wie Altbürger, helleins empfohlen.

— Sternprecher 20145.

Beliebt und gern besucht in

der Innenzone [L 1763]

Gothof zum Heller

Augustinerstr. 6 — Hellerstr.

Ab Hellerstr. Bilder Mann oder

St. Pauli-Friedhof 20 Min.

Flora-Sommer-Theater

Hammers Hotel

Tel. 18213

Eröffnung 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr

Gastspiel der Taeger-Gesellschaft

Rote Rosen

(Jostas Tagebuch).

Vorverkauf: Arndt Fischer, Pirnaischer Platz.

Vorzugskarten wochentags gültig

Luna-Park früher Weile-Mühle

Straßenbahnen 19 u. 21. Dampfschiff bis Breitnig.

Himmelfahrtstag (zum Besten des Heimatfest)

Grosses Militär-Konzert

gespielt von der Kapelle des Frei-Corps des Leib-Gren.-Reg. Nr. 100.

Eintritt 20 Pf. Militär und Kinder frei.

[A 110]

Neu! Wackellop — Wasserrutschbahn — Flieger. Neu!

Ren für hier! [K 60]

MUSENHALLE!

Täglich abends 8.10. Heute neues Programm.

Bureau-Geheimnis. Urfamilie. Wolfe. — Uner-

warteter Besuch. Originalbrieftasche. — Deutscher

Michel, deutsche Macht. Ausstellungsort der jüngsten

Gesichte. Und der vorjährige Solotell. Erstklassig, einzigt

Wittwoch: Abschiedsvorstellung. Donnerstag 3 Vorstellungen.

Neue Truppe! Ebenrode Kölner Burlesken!

Ren für hier! [K 60]

Kino Briesnitz.

Die japanische Maske. 3 Aktte. — Die gelbe Maske. 3 Aktte.

Die Macht der Uniform. Lustspiel.

[K 177]

Sonntagnachmittag: Die Filmpremadonna. Drama in 4 Akten.

Leo und sein Puppchen suchen Mordheln. Lustspiel.

Die Japanerin. Lustspiel.

Die Tänzerin. Lustspiel.

Die Japanerin. Lustspiel.

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

5. Sitzung. Dienstag, den 30. Mai, vormittags 11 Uhr.
Am Bundesratssitz: Staatssekretär Helfferich.

kleine Anfragen.

Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft liegen zwei Anfragen vor, wonach die eine das Verbot von 22 Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berl. Kriegs-Ausschusssitzung mit der Zusammensetzung des Reichstags und Amtshandlung des Reichstags durch das Oberkommando im Auslande zu erheben, weil sein Inhalt die Sicherheit einer Gruppe des Wahlvereins nicht gefallen möchte, betrifft.

Präsident Dr. Maxau erläutert hierzu: Nach § 28 der Geschäftsordnung unterliegt der Auftrag einer Anfrage, wenn die Anfrage einen Bezugshinweis auf die Zusammensetzung betrifft. Das ist bezüglich dieser Anfragen der Fall, und daher kommen diese Anfragen nicht zum Zuge.

Abg. Bößermann (nati.): fragt, wie es sich mit dem Sterbegesetz einer Sterbelage für solche Verschlechterungen verhält, die im Laufe des Kriegs im Auslande gefallen sind. Die Gerichte haben in solchen Fällen den Auftrag auf Sterbegesetz abgemacht, weil der Untersuchungsrichter im Auslande eingetreten sei.

Untersuchungsrichter Dr. Gisau: Der Unterschied zwischen im Auslande und im Auslande gestorbenen Verstorbenen in diesem Falle ist eine Unbedeutung, die durch eine Bundesratsverordnung bestätigt wurde.

Darauf folgt die:

Fortschreibung der Beschlussdebatte.

Abg. Rosse (Soz.):

Die Herren Cetzel und Hirsch haben die Debatte über die Beschluss zur Propaganda für den rückständigsten U-Bootkrieg und die rückständige Amerikanopolitik besetzt. Dagegen muss entgegen Erörterung eingeklagt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie fordern die Freiheit der Presse nur für ihre Interessen- und Erwerbspolitik, für alle anderen würde die von diesen Herren geforderte Freiheit nur größere Unfreiheit ausmachen. — Haben doch die Nationalliberalen noch kurz vor dem Krieg sich für die Aufrechterhaltung des Friedensgeistes ausgesetzt. Das Ergebnis der bisherigen Debatten ist, dass alle evangelischen Parteien die Presse und den Belagerungskampf auf Erwerbsinteressen wollen. Freilich in der Regierung wegen des Art. der Zusammensetzung kein einziger Verteidiger erstanden. Wenn die Regierung darauf hinweist, dass auch in den anderen kriegerführenden Ländern eine starke Presse ausgewählt wird, so ist das für uns kein Zeich, es ändert nichts daran, dass wir uns Presse und Belagerungskampf in zweckloser und schädigender Weise gehandelt werden, und die ist, wie die Regierung hier gesprochen hat, lädt Hoffnung auf durchgreifende Sicherung nach ausflammen. So hat der Ministerpräsident in dem Bericht über die Reichstagsrede des Abg. Bößmann alle dirigierenden Stellen herausgezogen, die gegen seine Annahmen gerichtet waren. Das ist ein Wahnsinn von Unverschämtheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), gegen das die Regierung entschieden vorgehen müsste. Wir verbitten uns das Gewappnen der Presse in die Reichstagsreden. Es ist höchstes Ziel, dass den Herren Stroes geschieht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Riesching hat mitgeleistet, dass ein kommandierender General auf Vorwürfungen erlässt hat: Wir sind die Sicherung, wie sind der Bundesrat, wie sind der Reichstag. Wir haben aber nicht vom Regierungsteil gehört, es werde Vorsorge getroffen werden, dass ein solcher Ausbruch von Grönemahnung die erforderliche Dämpfung erfahren wird. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Wäre es der Regierung Ernst mit ihren Verhüttungen, so müsste ein solcher Herr sofort folgestellt werden.

Der Staatssekretär versicherte, Versammlungen über die Erziehungs- und Steuerfragen seien zugelassen. Das ist irrtümlich. Die Veränderung derartiger Verhältnisse hat in Sachsen z. B. noch in den letzten Tagen stattgefunden. Die beschäftigte Mietung wird dadurch natürlich nicht erreicht, im Gegenteil würde bei freier Erziehung weit weniger Unzufriedenheit entstanden sein. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Kriegspolitische Fragen dürfen trotzdem vor mir nicht behandelt werden, wenn die Redner sich zur Zeit unterwerfen. Natürlich wird über eine Propaganda nach solche Einschränkung in das Versammlungsrecht nicht verzögert, wie die vielseitigste Schäfernde Petition deutlich gezeigt hat. Die Regierung sollte doch durch ihre früheren Erfahrungen wissen, dass dadurch nur unerträgliche Maßnahmen hervorgerufen werden, die weit mehr Erditterung auslösen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein weiterer bedeutender werden die Maßnahmen der Presse; man ist am Eingang ins Petitionsrecht und zur Verleihung des Briefwahlrechts gekommen. Was man den Inhalten der Schäferlichen Einsicht für noch so schädlich halten, der Eingriff gegen das Petitionsrecht muss ausser allgemeinem Verurteilung werden. Namens meiner Freunde erachte ich mit aller Stärke Protest gegen die Verhinderung der persönlichen Freiheit, die eine ganz Freiheit von kommandierenden Generälen durch das Verbot der Freiheitigkeit der Landesverteidigung genommen haben. Bei ihnen haben Gewinnen können unsere Freiheit die Arbeit durch bessere Bezahlung kosten. Es ist das eine Maßnahme in ganz einheitlichem Interesse der Agrarier. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Auch die Art, wie das Berliner Oberkommando mit dem Platz der Landesverteidigungen umging, zeigt diese einseitige Parteinahme für die Agrarier. — Weder redegewaltiger noch die Maßnahmen vieler Kommandierenden Generalen gegen die Kinematographenbetreiber, die sich doch im Felde als rechtsonderliche Einsichtungen beweisen. Unserheitsgefahr ist überdrückt mit dem Weise der Presse unterdrückt. Wer guten Willen leisten will, kann verhindern, wie die Erfahrung in einzelnen Kriegsbezirken zeigt; um so grössere Empörung müssen die Lebhaftigkeit in anderen Bezirken auslösen. Dagegen helfen aber keine Reden und auch nicht die Resolutionen des Kommissions, wenn man keine Beschlüsse mehr haben will, so muss man die Aufhebung der Presse fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gleichzeitig in die Einhaltung milder geworden ist in der Ernährungszone. Es habe ich hier ein Augenlicht liegenen Buchstabe und Dokument vor dem gemeinschaftlichen Vergleichszonen gebracht, die vor wenigen Wochen noch in der Presse berichtet waren. So habe ich hier ein Augenlicht liegenen Buchstabe und Dokument vor dem gemeinschaftlichen Vergleichszonen gebracht, die sich doch im Felde als rechtsonderliche Einsichtungen beweisen. Unserheitsgefahr ist überdrückt mit dem Weise der Presse unterdrückt. Wer guten Willen leisten will, kann verhindern, wie die Erfahrung in einzelnen Kriegsbezirken zeigt; um so grössere Empörung müssen die Lebhaftigkeit in anderen Bezirken auslösen. Dagegen helfen aber keine Reden und auch nicht die Resolutionen des Kommissions, wenn man keine Beschlüsse mehr haben will, so muss man die Aufhebung der Presse fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gleichzeitig in die Einhaltung milder geworden ist in der Ernährungszone.

Es ist dieses Augenlicht von dem kommandierenden General von Hohenlohe. Man hätte ruhig und offen zugeben sollen, dass wir unter einer Unzufriedenheit leben, die sich jetzt sehr stark dazu entschlossen hat, ist viel zu spät, und im Ausland wird damit neuwied nicht mehr gesagt. Wie wir über die Vorgänge im Ausland informiert werden, so wird auch das Ausland über die Verhältnisse bei uns unterrichtet. Die Lebensmitteltrasse waren gewiss nicht angekommen, aber doch auch nicht absonderlich aufregend. Weltweit nahm darüber gesprochen werden durfte. Lämen die übertriebenen Verhältnisse im Umkreis Angenende den Tod, sollte es gezeigt haben, Soldaten, ließ es, hätten gewährt und mit dem Wege in die englische und französische Presse wurde eine vollkommene Abschaffung daraus. Derstellvertretende Kriegsminister hat ja Ende des vergangenen Jahres als Obergeschoß für den Reichstag geschafft. Der Büchsenhauer kennt ihn jetzt noch. Unter seinen Büchsenhänden brachten wir uns das gefallen lassen. Vierzigtausend Tausende der Verteilung, die von der zentralen Waffe von Moskau für keine Andeutung nur einen wenigen Teil aus seinen Kolonien bezog. An dieser ganz allgemein bekannten Tatsache nahm der Senator Anteil. Zu-

solchen Tatsachen muss der törichte Versuch führen, sich überall als Schutzenkel vor die Regierung zu stellen. Die Kommission wird sich, dass Zeitungen nur mit Zustimmung des Reichstagslandes verboten werden dürfen. Mit dieser geringen Sicherung können wir nicht zufrieden sein, wie verlangt die volle Aufhebung der Presse. Die von der Kommission weiter vorgeschlagene Resolution, dass die Presse sich auf das im militärischen Interesse unbedingt Gebotene zu beziehen habe, hilft auch nicht. Noch bedeutsamer ist die Resolution Abg. Hirsch, die die Presse in nicht militärischen Angelegenheiten dem Reichstag übertragen will. Dadurch würde nur eine zweite Presse eingerichtet und die Schwierigkeiten würden noch zahlreicher werden. Unser Volk und unser Land sind so stark, dass es die ungenügende Meinungsfreiheit vertragen und die Presse entschaffen kann. Die Schwierigkeiten der Konserativen und Nationalliberalen über den Bericht sind darum gutzuführen, dass sie die rückständige U-Boot-Kriegspropaganda und ihre Amerikanopolitik nicht vollkommen uneingeschränkt betreiben können. Herr Hirsch hat uns hier auch Tränen über den Wert der Presse gehalten. (Lebhafte Zustimmung zu den Reden für die Sicherung zur Ordnung.) Alle unsere Truppen haben mit gleicher Überzeugung gekämpft, deshalb lasse man mit dem Gesetz in Ruhe. (Sehr richtig!) Herr Cetzel fand es ganz richtig, dass Artikel des Abg. Giesecke unter Presse geheilt wurden. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Giesecke (Bp.): Der Erfolg ist jedenfalls verfassungswidrig, denn die Verbreitung von Reichstagssrediten ist durch die Verfassung gewährleistet. Redner kritisiert das Vorgehen der Senats und darüber gegen die Deutsche Friedensgesellschaft, deren Organ "Der Friedensrichter" seit 1915 verboten ist, trotzdem der Herausgeber sich allen Anforderungen der Senats gefügt habe. Alte deutsche Blätter können trotz ihrer lebenshaflichen Sprache und ihrer Kritik auf die Regierung weiter erscheinen. — Mit dem hinterlistigen Patriotismus in der Bekämpfung der Friedenswörter machen wir uns vor dem Ausland nur lächerlich. In der Handhabung der Presse und in denen der auswärtigen Politik sollten meine Freunde der Senats für ein notwendiges Werk. Zum übrigen hat die Regierung selbst das größte Interesse, dass diese Debatten nicht immer wiederholen. Ein Druck auf den Bundesrat durch Auflösung der Friedensabteile zu überleben wir freilich ab, dazu haben wir zweitens patriotischen Verantwortungsbewusstsein. Dasselbe verlangen wir aber auch von der Regierung in den militärischen Siedlungen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Stresemann (natl.): Die Behauptung des Abg. Rosse, wie wollten nur Freiheit der Erörterung für unsere Kriegsziele, weiß ich zurück. Wir wünschen Freiheit für alle Richtungen in dieser Frage. — Die Entschließung des nationalliberalen Centralvorstandes ist übrigens ebenso in ihrer Verbreitung verhindert worden wie die Rede des Abg. v. Hellebrand, aber Herr Hirsch hat sie in der "Autun" in gemeinter Weise kritisieren dürfen. — Die Hand eines mittler neutralen Präsidenten weisen wir als Friedensvermittler nicht zurück, wohl aber eines Herren Wilson. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und rechts.) Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Sie sprechen immer vom Volk, aber auch hinter uns stehen weite Volksstiere, die eben glauben, doch durch energetischen U-Bootkrieg der Krieg am schnellsten beendet würde. Das Bündnis steht da aufzuhören, wo der Landesrat anfängt. — In der Senatsfrage sollte die Regierung doch einsehen, dass diese Debatten mehr Schaden bringen, als eine größere Freiheit der Ausübung. (Lebhafte Zustimmung.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig Verteilung der Presse auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. v. Graefe (A.): Die Behauptung des Abg. Rosse, wie wollten nur Freiheit der Erörterung für unsere Kriegsziele, weiß ich zurück. Wir wünschen Freiheit für alle Richtungen in dieser Frage. — Die Entschließung des nationalliberalen Centralvorstandes ist übrigens ebenso in ihrer Verbreitung verhindert worden wie die Rede des Abg. v. Hellebrand, aber Herr Hirsch hat sie in der "Autun" in gemeinter Weise kritisieren dürfen. — Die Hand eines mittler neutralen Präsidenten weisen wir als Friedensvermittler nicht zurück, wohl aber eines Herren Wilson. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und rechts.)

Sie sprechen immer vom Volk, aber auch hinter uns stehen weite Volksstiere, die eben glauben, doch durch energetischen U-Bootkrieg der Krieg am schnellsten beendet würde. Das Bündnis steht da aufzuhören, wo der Landesrat anfängt. — In der Senatsfrage sollte die Regierung doch einsehen, dass diese Debatten mehr Schaden bringen, als eine größere Freiheit der Ausübung. (Lebhafte Zustimmung.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig Verteilung der Presse auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. v. Graefe (A.): Die jedem Reichsrecht schmiedenden Kriegsführung Englands mit Hilfe seines außeren Freunds jenseits des Ozeans hat unsre Frauen und Kinder in den Krieg hineingezogen. Aber nicht einen Moment denken wir daran, beschäftsichtiger Frieden zu schließen. Überhört ist die Wundertatmung des Herrn v. Hellebrand, für die Herr v. Jagow die Verantwortung übernommen hat, während die Schriftschrift gegen Herrn v. Hellebrand nicht unterdrückt wurde. Würde Neumacherei lange die politische Presse durch, jedes Wort aber, das von Karlsruhe befehlte Schriftschrift getragen ist, wird unterdrückt. Überhört ist es, dass der Ministerialdirektor Oswald das Blatt des Professors Schäfer in Parades statt mit einem Blatt von Bischöflichem, der Kriegszeitung, und der Reichstagssitzung mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter dem Schloss und Regel sitzt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig Verteilung der Presse auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. v. Graefe (A.): Die jedem Reichsrecht schmiedenden Kriegsführung Englands mit Hilfe seines außeren Freunds jenseits des Ozeans hat unsre Frauen und Kinder in den Krieg hineingezogen. Aber nicht einen Moment denken wir daran, beschäftsichtiger Frieden zu schließen. Überhört ist die Wundertatmung des Herrn v. Hellebrand, für die Herr v. Jagow die Verantwortung übernommen hat, während die Schriftschrift gegen Herrn v. Hellebrand nicht unterdrückt wurde. Würde Neumacherei lange die politische Presse durch, jedes Wort aber, das von Karlsruhe befehlte Schriftschrift getragen ist, wird unterdrückt. Überhört ist es, dass der Ministerialdirektor Oswald das Blatt des Professors Schäfer in Parades statt mit einem Blatt von Bischöflichem, der Kriegszeitung, und der Reichstagssitzung mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter dem Schloss und Regel sitzt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig Verteilung der Presse auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. v. Graefe (A.): Die jedem Reichsrecht schmiedenden Kriegsführung Englands mit Hilfe seines außeren Freunds jenseits des Ozeans hat unsre Frauen und Kinder in den Krieg hineingezogen. Aber nicht einen Moment denken wir daran, beschäftsichtiger Frieden zu schließen. Überhört ist die Wundertatmung des Herrn v. Hellebrand, für die Herr v. Jagow die Verantwortung übernommen hat, während die Schriftschrift gegen Herrn v. Hellebrand nicht unterdrückt wurde. Würde Neumacherei lange die politische Presse durch, jedes Wort aber, das von Karlsruhe befehlte Schriftschrift getragen ist, wird unterdrückt. Überhört ist es, dass der Ministerialdirektor Oswald das Blatt des Professors Schäfer in Parades statt mit einem Blatt von Bischöflichem, der Kriegszeitung, und der Reichstagssitzung mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter dem Schloss und Regel sitzt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig Verteilung der Presse auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. v. Graefe (A.): Die jedem Reichsrecht schmiedenden Kriegsführung Englands mit Hilfe seines außeren Freunds jenseits des Ozeans hat unsre Frauen und Kinder in den Krieg hineingezogen. Aber nicht einen Moment denken wir daran, beschäftsichtiger Frieden zu schließen. Überhört ist die Wundertatmung des Herrn v. Hellebrand, für die Herr v. Jagow die Verantwortung übernommen hat, während die Schriftschrift gegen Herrn v. Hellebrand nicht unterdrückt wurde. Würde Neumacherei lange die politische Presse durch, jedes Wort aber, das von Karlsruhe befehlte Schriftschrift getragen ist, wird unterdrückt. Überhört ist es, dass der Ministerialdirektor Oswald das Blatt des Professors Schäfer in Parades statt mit einem Blatt von Bischöflichem, der Kriegszeitung, und der Reichstagssitzung mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter dem Schloss und Regel sitzt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig Verteilung der Presse auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. v. Graefe (A.): Die jedem Reichsrecht schmiedenden Kriegsführung Englands mit Hilfe seines außeren Freunds jenseits des Ozeans hat unsre Frauen und Kinder in den Krieg hineingezogen. Aber nicht einen Moment denken wir daran, beschäftsichtiger Frieden zu schließen. Überhört ist die Wundertatmung des Herrn v. Hellebrand, für die Herr v. Jagow die Verantwortung übernommen hat, während die Schriftschrift gegen Herrn v. Hellebrand nicht unterdrückt wurde. Würde Neumacherei lange die politische Presse durch, jedes Wort aber, das von Karlsruhe befehlte Schriftschrift getragen ist, wird unterdrückt. Überhört ist es, dass der Ministerialdirektor Oswald das Blatt des Professors Schäfer in Parades statt mit einem Blatt von Bischöflichem, der Kriegszeitung, und der Reichstagssitzung mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter dem Schloss und Regel sitzt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig Verteilung der Presse auf dem politischen Gebiet und auf dem Gebiet der Friedensziele noch nicht möglich ist.

Abg. v. Graefe (A.): Die jedem Reichsrecht schmiedenden Kriegsführung Englands mit Hilfe seines außeren Freunds jenseits des Ozeans hat unsre Frauen und Kinder in den Krieg hineingezogen. Aber nicht einen Moment denken wir daran, beschäftsichtiger Frieden zu schließen. Überhört ist die Wundertatmung des Herrn v. Hellebrand, für die Herr v. Jagow die Verantwortung übernommen hat, während die Schriftschrift gegen Herrn v. Hellebrand nicht unterdrückt wurde. Würde Neumacherei lange die politische Presse durch, jedes Wort aber, das von Karlsruhe befehlte Schriftschrift getragen ist, wird unterdrückt. Überhört ist es, dass der Ministerialdirektor Oswald das Blatt des Professors Schäfer in Parades statt mit einem Blatt von Bischöflichem, der Kriegszeitung, und der Reichstagssitzung mit Zug und Recht wegen Landesverrat hinter dem Schloss und Regel sitzt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag kann nur verantwortlich sein für den Friedensmaßnahmen, auf die er einen Einfluss hat. Das trifft auf das Verbot der Entschließung des nationalliberalen Parteivorstandes nicht zu. In den Steuerfragen ist die freie Erörterung nicht beschränkt worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich habe das bestimmt gefragt, wie könnenhoffentlich mit dem Übereinkommen der Senats weiter fortfahren; aber die Deputierten haben doch gezeigt, dass eine völlig V

Die Fortsetzung der Generalversammlung des 6. Kreises.

Der Gasthof in Niedergörbitz war am vergangenen Sonntag viel stärker besucht als vor 14 Tagen. Saal und Rehestronne waren vollständig besetzt. Wie das festgestellt waren auch diesmal viel Frauen anwesend. Der Vorsitzende Hartwig teilte zufällig mit, daß der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Hörn, in Berlin einen kleinen Unfall erlitten habe und deshalb an der Versammlung nicht teilnehmen könne. Auf der Rednerliste standen noch von der vorigen Versammlung acht Genossen. Weiter seien zu den schon vorliegenden drei Resolutionen zwei neue gekommen, die in Pirna angenommen und in der Volkszeitung vom 9. Mai bereits abgedruckt, und eine von 24 Genossen unter-

zeidnete, die folgenden Wortlaut hat:

„Doch die Haltung der Dresdner Volkszeitung nicht den Münchheit der Dresdner Parteigenossen entstehen, ist nicht nur von Genossen der Minderheit, sondern auch von Genossen der Mehrheit ausgeschlossen worden. Die Zeitungskommission wird daher ersucht, für eine anderweitige Besetzung der Redaktion Sorge zu tragen. Sollte jedoch die Zeitungskommission nicht gewillt sein, in diesem Sinne eine Aenderung herbeizuführen, so erwartet die Versammlung, daß die Mitglieder der Kommission ihre Mandate niederlegen, um den Dresdner Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, durch Neuwahl der Zeitungskommission ihren Willen in begug auf die Haltung ihrer Parteizeitung zum Ausdruck zu bringen.“

Genosse Fleißner äuberte und erweiterte den letzten

Die Spaltung der Reichstagsfraktion ist eine natürliche und unvermeidliche Folge der Wehrheitspolitik, die es der Ritterlichkeit unmöglich macht, ihren der Gräflichkeitsmehrheit entgegengesetzten Standpunkt im Reichstag zu vertreten. — Von der gesamten Ritterlichkeit der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wird erwartet, daß sie energisch im Sinne dieser Resolution steht."

Die Versammlung dauerte wieder über sechs Stunden und nahm ebenfalls einen sehr lebhaften Verlauf. Nachdem Genosse Edmund Fischer ruhig angehört worden war, konnte Genosse Schumann seine Ausführungen nur unter großer Unruhe machen, die sich schließlich dermaßen steigerte, daß die Versammlung auf kurze Zeit vertagt werden mußte. Nach ihm sprachen nur noch die Genossen Henckel, Grädauer und Fleischer, so daß im ganzen nur fünf Redner zu Worte kamen, von denen drei für die Minderheit und zwei für die Mehrheit Stellung nahmen. Als Genosse Grädauer gesendet hatte, wurde Debatteabschluß beantragt, gegen den sich aber Grädauer selbst wendete, worauf er gegen eine starke Minderheit abgelehnt wurde. Der folgende Redner, Genosse Sachs, verzichtete aufs Wort zugunsten des angrenzenden Genossen Fleischer, und erst als dieser seine über eine Stunde dauernden Ausführungen beendet hatte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte, der vom Genossen Uhlig begründet wurde, angenommen. Uhlig wies besonders darauf hin, daß auf der Rednerliste noch 14 Redner verzeichnet seien, unter denen an erster Stelle ein Mehrheitsredner, der Genosse Nietzsche, und auch Redner selbst, sich trotzdem möge die Versammlung die Debatte schließen, nachdem dem heftig angegriffenen Genossen Fleigner die Möglichkeit gegeben worden, in unbeschränkter Redezeit als letzter Redner zu sprechen. Bei der nun folgenden Abstimmung über die Resolution Grädauer, Uhlig, Hartwig ergaben sich wieder Zwistigkeiten. Trotz angeordneter Abzählung, bei der Minderheits- und Mehrheitsgenossen mitwirkten, mußte wieder zweimal abgestimmt werden. Es ergaben sich schließlich für die Resolution 301 Stimmen, gegen sie 293 Stimmen. Dieses Ergebnis verursachte wieder starke Erregung bei einem Teile der Bevölkerung, so daß es unmöglich schien, die Ruhe wieder so weit herzustellen, daß die vollständige Erledigung der Tagesordnung möglich würde. Der Vorsitzende schloß deshalb die Versammlung.

Eduard Hirsch. Verbindung. Im einzelnen führen die Redner ungefähr folgendes aus:
Edmund Hirsch. Besonders: Er hätte gewünscht, die verschiedenen Differenzen wären an anderer Stelle ausgetragen worden, handle sich bei ihnen darum, ob es sich mit der Struktur des Genossenheims in der Organisation vertrage, daß er an der Konferenz Aachen teilgenommen habe. Diese Frage müsse er beobachten. Wegen die näheren Umstände, unter denen Flechner nach der Schlacht stehen, sei nichts einzurichten. Es würde ratsam unter dem Vorsitzgesetz verfahren werden, wenn gehaltene Konferenzen abgehalten würden. Dagegen sei die Antwort, die Flechner auf die Frage Geschäftsführers Wallfisch, ob er an der Konferenz teilgenommen habe, gegeben, als ungescickt zu bezeichnen. Durch die verschiedenen Taktiken sei die Teilnahme an Sonderkonferenzen gestoppt. Zu diesem Verbot hätten diese Instanzen aber kein Recht und wenn einmal angeklagt würde, dann müßten noch viele anderes Recht von der Linken wie von der Rechten, angeklagt werden. Allerdings besteht eine Organisation der Linken mit Verbreitung Pflegediensten und Sammeln von Geldern. Über diese Organisation habe keine Statuten. Es besteht auch gar kein Unterschied darin, die Arbeiter 50 Pf. für die Bestrebungen der Linken geben oder die Anhänger der Rechten Hunderte und Tausende von Mark zu ihrer Unterstützung der Internationalen Korrespondenz. Die Linken seien sicher verbindlicher als der Vertreter von Heimabgeordneten zu der politischen Deutschen Gesellschaft von 1848 oder die Tätigkeit einer Faktion von Abgeordneten im Reichstag. So wie die Verschärfung in der Partei nun einmal stattfinden, die Sonderkonferenzen zugelassen werden und die Deutschen einen Konferenzer gegen die anderen müsse aufstellen. Weiter eine einigermaßen entsprechliche Arbeit nur möglich, wenn alle Parteien zu stehen und weder für die eine noch für die andere Richtung wären. Diesen Standpunkt habe Vehsel früher genommen. Stark dessen hohe der Parteidoktor seine Macht seine Mittel rücksichtlos zur Verstärkung der Minderheit benutzt auch die Haltung des Vorstandes des K. Kreises lasse in der Sache viel zu wünschen übrig, ebenso wie die des Parteidoktars. So geht man in längeren Ausführungen auf die Position der Partei während des Krieges ein. Nicht die Kreditfrage sei es, die den in der Partei verschwunden habe, sondern das Abgleiten von den Linken, die vor dem Kriege eingehalten wurden, das immer wiederkehrende Einknicken in die Kriegspolitik der herrschenden R. und die Haltung des Parteidoktars, der seine Macht schätzend als Nützlich stimmt. Was bei all dem herauskomme, sei in der Steuerregelung, bei der für das Proletariat herausgekommen sei. Die Armen müßten bezahlen und die Reichen freisen. Die neue Vereinigungswelle sei ein erbarmliches Beispiel dafür. Das alles zähle, wohin die Reihe gehe. Weiter noch, der Redner gegen die Abstellungen der Freudenauer Volkszeitung durch Genossen der Minderheit. Das sei grundsätzlich. Ebenso sei es, die Aufsicht der Redaktion zu verfangen, weil sie Reklamation vertrate und danach die Zeitung gestalte. Eine Beeinflussung der Zeitung müsse auf ordentlichem Wege und erst nach dem Kriege erfolgen. Die Redaktion habe aber selbst das Recht, die Parteidoktoren abzutreten, wenn

die Gewaltangriffe des Parteivorstandes gegen den Vorwürf nicht bekämpft, sie sogar gebilligt habe. Auf die allgemeine Vage übergehend, verlangt Siebenz, daß die Sozialdemokratie sich frei mache von der nationalpatriotischen Politik, wieder gegen die Regierung arbeite und wieder international werde. Nur so könnte sie zu ihrer Sicht kommen. (Abstimmung Beifall.)

Genosse Schumann weiß zunächst den Vorwurf zurück, daß Angehörige der Partei nur ihrer Stellung halber die Politik der Mehrheit vertreten. Es kann nicht bestritten werden, daß die Angehörigen die Anhänger der Mehrheitspolitik sind, einen viel schwereren Stand haben und viel mehr angefeindet werden als die Anhänger der Minderheit. In der Resolution Lorenz werde gesagt, daß die Sektion der Dresdner Volkszeitung vollständig und unablässig Unterstützende gegenüber sei. Dafür können Beweise nicht erbracht werden. Es gibt kein Blatt der Minderheit, das sich so loyal der anderen Richtung gegenüber verhalten hat, als es die Dresden Volkszeitung tat. Der Minderheit seien immer anständige Mitglieder unterstellt worden, während die Mehrheitsvertreter als Verräte beschimpft als "Sozialpatrioten" bezeichnet und ihnen nachgesagt wurde, daß sie grundsätzlich seien. Lorenz drohe mit Vertragsverweigerung. Daß könnte den Vorstand nicht veranlassen, den Beschuß, der eine Selbstverständlichkeit ist, aufzuheben. Der Kampf gegen die Feitum und gegen die Organisation gehe von einer ganz kleinen Gruppe aus, die sich fest organisiert und nach einheitlichem Plane gearbeitet habe. In Fabriken und Vereinen seien Listen zur Abstimmung ausgelegt worden und man lief von Haus zu Haus, um die Bestellungen zu erwirken. Es sei bedauerlich, daß sich an diesem Abschlußvortrag viele Mitglieder beteiligt haben, die keinen Finger für uns gerührt haben, die in keiner Versammlung waren und kein Blugblatt aufgetragen haben. Das ist doppelt verwerflich in einer so schönen Zeit wie der jetzigen. Wie brauchen die Presse und die Organisation nach dem Kriege nötiger denn je, denn die Aufgaben, die wir erledigen haben werden, seien dann ins Ungeheure gewachsen. Verchieden manche Mitglieder, die noch nicht einmal das Programm gelesen haben, den Vorwurf, daß die Grundsätze vertreten würden, sei bedauerlich, daß sich Genosse Schulze mit in die Menge soll.

Leute stelle, den Finger erhebe und andere der politischen Dummheit beglücke. Aber auch er habe sich früher herzlich wenig um das Organisationsleben gekümmert. Jetzt kommt er, um zu kritisieren und vorzuschreiben, wie wenig erreicht worden sei. Er erkläre Kreisbüchlein als einen Alt großer politischer Dummheit. Da können nur wünschen, daß die auswärtigen Parteiorganisationen, die nach Schulzes Meinung hier Verbreitung finden sollen, bei der nächsten Landtagswahl mit viel Erfolg für Schulze agitieren. Schulzes Hauptung, daß die Haltung der Volkszählung am Abonnementenzeitpunkt falsch sei, ist falsch. Das Gegenteil sei richtig, denn die rothaften Zeitungen hätten viel mehr an Abonnenten eingebüßt, während rechtstreibenden Zeitungen am günstigsten abgeschnitten. Der beste weiß sei in Duisburg erbracht, wo zwei Drittel der Leute verloren gingen und wo jetzt eine Verbesserung eintreibt. Am erfreulichsten führe in Duisburg, daß sich die Parteimitgliedschaft beinahe schlossen hinter die angebliche Gewaltpolitik des Parteidirektors hielte. Sie verlangen, daß sich die Staatsmänner zusammenfinden um über die Frage des Friedens zu sprechen. Wie vergessen sie aber, daß wir uns selber nicht einmal zusammenfinden können. Wie wir uns im Lande nicht einig sind und ehe nicht die Sozialdemokraten anderen Ländern gemeinsam mit uns betonen, ist es schwer möglich von den Regierungen zu verlangen, über alle die großen, trennenden Fragen hinwegzusehen. Wenn die Mehrheit der Fraktion die Zustimmung bewilligte, so deshalb, um die Angehörigen der Ration den Schlummeren zu bemächtigen. Es sei demagogisch, die Partei für Länge des Krieges verantwortlich zu machen. Der Krieg habe bei Familien so unendlich viel körperliches und seelisches Leid und viel Not gebracht, daß die Unzufriedenheit nur zu erklären sei. Es sei aber falsch, diese Unzufriedenheit auf die eigene Partei abzuleiten, denn diese habe sich nach besten Kräften bemüht, den Reichsland die Mithilfe zu besiegeln. Es könnte nicht anders sein in einer großen Organisation, als daß sich die Minderheit der Wehr unterordnete. Der Name des Genossen Horn sei unter der Resolution gleichsam direkt missbraucht worden. In der Resolution werde Politik des 4. August schrift verurteilt. Der Genosse Horn habe diese Politik ein halbes Jahr mitgemacht. Er habe zweimal die Freibits bewilligt und war bereit, auch die dritte zu bewilligen, er hat nur fünf und nicht zehn Millionen gefordert worden können. Genosse Kästner stellt sich heute in die Reihe der Minderheit.

Genosse Henke-Döhren: Röhmann habe das Bild des Einfalls in Deutschland an die Wand gemalt, aber den Fall in Belgien überliefert gelassen. Ein Sozialdemokrat nicht nur Deutscher, er müsse in erster Linie Mensch sein. Er beschäftigt sich noch längeren politischen Aussführungen mit Kreisbeschluß, der nur solchen Parteimitgliedern Verständnisse zuerkennt, die Abonnenten der Volkszeitung sind. Solchem Vorgehen seien nach dem Parteistatut nur die höheren Führungen der Partei berechtigt, nicht aber der Kreisvorstand und Bezirksversammlungen. Deshalb bescheide der letzte Absatz des Kreisbeschlußes für ihn nicht. Die Schuld an den jüngsten Zuständen werde von der Wehrheit allein der Winderheit gegeben und werde mit allen Mitteln gegen sie gefämpft. Große Unzulänglichkeiten zeige sich in der Volkszeitung und besonders auch in dem jüngsten Bericht des Kreisvorstandes. Diese Ansicht verfuchte Redner durch Herrothebung einzelner Säulen und deren Auseinander. Es sei jetzt öfters darauf verwiesen worden, daß Pläne der Rechten im Kriege besser abgeschnitten hätten als der Linken, womit die Rechtsfertigung der Richtung verfehlt werde. Das sei aber falsch. Wenigstens sei in Bremen und Berlin das Fallen der Abonnentenauflage zum Teil der Mängel, die im ersten Falle die Preußische Korrespondenz im Septembe gezeigt. Die Fasch als Konkurrenzorgane herausgebrachte Disziplinbrüche würden heute sehr schwer beurteilt. Gegenüber solle er auf die früheren Disziplinbrüche verweisen. Sie führt bei Behandlung dieses Themas hauptsächlich Streit um die Budgetbewilligungen an und hebt deren Bedeutung durch Frank und David hervor, die so weit gegangen waren, daß sie einen Disziplinbruch unter Umständen sogar zur machen. Die Partei müsse die Politik des Kriegstaumes der Harmoniedusselei verlassen und wieder gut alten revolutionären Taktik zurückkehren, wenn sie ihre Ziele verwirklichen (Beifall.)

Genosse Gradauer: Die große Verblüffung, welchen Parteiteilen heilsame und mit der jetzt gekämpft werden der gegenwärtigen schweren Zeit, die die größten Anforderungen an jeden Einzelnen stellt, durchaus verständlich. Der Streit der Partei verpflichtet aber trotz allem Leben, der es ehrlich meinte, für die Partei zu arbeiten, um sie doch noch einzugrenzen, so den Mitteln herzugehen zu lassen. Zu jeder Zeit, in der Opposition bestand, sei von Parteivertrag geschritten worden, aber hätten die Genossen eingesehen, daß sie auf dem falschen waren und zu scharf vorgegangen sind. Nachdem es die Partei in Dresden bis jetzt stets unterlassen habe, im Richtungsfrage eine Resolution vorzulegen, weil die Mitgliedschaften zusammengegangen

sind und so viele Mitglieder im Schlagzetteln liegen, habe der Genosse Fleißner jetzt wohl den Zeitpunkt für getommen erachtet, um eine Entscheidung zu finden. Da also eine Kraftprobe unternommen werden sollte, habe Redner seine Resolution der Fleißnerischen gegenübergestellt und die Genossen sollten nun nach reiflicher Überlegung entscheiden. Die Gedanken in der Resolution Fleißner seien in ihrem Verfass ungünstig. Es werde darin der Mehrheit der in höchstem Maße beleidigende Vorwurf gemacht, sie treibe eine nationalistische, also chauvinistische Kriegspolitik. Niemals aber sei die Mehrheit für den Krieg und für die Regierung eingetreten, sie habe lediglich dafür gewarnt, daß die Schrecken des Krieges von unserem Vande ferngehalten werden. (Lebhafter Beifall.) Den Genossen Fleißner treffe der Vorwurf, daß er sich um die Frage der Landesverteidigung immer herumgedrückt habe. Erst nach und nach habe er sich zu seinem heutigen Zimmerswalder Radikalismus entwickelt und erst in der letzten Versammlung habe er, als Genosse Barthel die Landesverteidigung erwähnt, durch den Zwischenruf: "Wo ist denn das beflosen?" die Wirkung der Landesverteidigung gezeigt. In unserem Programm steht aber die Fortberitung der Wehrhaftmachung des Volkes. Was soll denn diese Fortberitung für einen Sinn haben, wenn sie nicht angewendet wird bei einem Kriege wie dem jegigen? Es kann sich doch nur um die Frage handeln, ob Deutschland einen Christenkampf führt oder nicht. Für keinen Verständigen ist zweifelhaft, daß es sich um die Existenz Deutschlands handelt und noch handelt. Und was stellen denn die Gegner immer noch für Fortberungen auf? Es kann doch niemand verlangen, daß das eigene Land zugunsten anderer Länder auf die Verteidigung des eigenen Grund und Bodens verzichtet. Wenn Fleißner die Verweigerung der Kredite und die Abündigung des Bürgscheids zur Fortberitung des Friedens verlange, so könne nichts falscher sein, weil das Ausland absolut keine Vereinfachung zum Heilen zeige. Soweit aber die Sozialdemokratie Einfluß auf den Freuden haben kann, erschwert es die Erfüllung in der Partei, für den Frieden so zu wischen, wie es sonst möglich wäre. Außerdem sind auch alle Bemühungen des Parteivorsitzenden, mit den Franzosen und Engländern in Verbindung zu treten, bis jetzt vergeblich gewesen und die Kredite sind in diesen Ländern von den Arbeitervertretern immer einmütig bewilligt worden. Warum das alle? Weil die Gegner immer noch glauben, daß sie Siegen werden. Wenn je ein Hoffnungsschimmer auf baldigen Frieden berechtigt war, dann jetzt. Wenn aber in dieser Situation die Sozialdemokraten die neuen Kredite ablehnen würden, dann würde diese Friedenshoffnung wieder zunichte gemacht, die Hoffnungen der Feinde dagegen gesteigert und dadurch der Krieg verlängert. Deshalb müßten auch diesmal die Kredite bewilligt werden. (Beifall.) Diese Politik entspreche den Tatsachen und der Wirklichkeit, während die Minderheitspolitik auf Illusionen beruhe. Fleißner verlange die Aufnahme des Bürgscheids. Wo seien aber die Befürworter dieser Tatft gewesen bei den Wahlen zum Landtag? Alles war mit dem kampflosen Wählen einverstanden, und im Landtage selber ist es nicht anders geredet worden als sonstwo. Die Landtagsabgeordneten der Minderheit sind eben genau so arme Sterbliche wie andere von der Mehrheit. (Lebhafter Beifall.) Von vielen Seiten sei recht abfällig über Disziplin gesprochen worden. Nach dem Kriege müßten aber ernste Lehren gezogen und vor allem Disziplin gelöst werden um zu einem guten Ende zu kommen. Auch vom Genossen Gilch sei in bondenswerter Weise bei den Abstimmungen Disziplin gefordert worden, und Redner nehme für sich im Anspruch, daß er sich füge, wie die Entscheidung falle. Nur dem Parteilose billige man das Recht zu, die Richtung zu bestimmen, bestreite es aber dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß. Unter dem Sozialherrschaft votieren es aber auch nicht immer möglich, Parteilose abzuhalten, deren Zugaben wurden damals ebenfalls von anderen Instanzen erfüllt. Die Teilnahme des Genossen Fleißner an der Kleindaler Konferenz verstoße gegen den von Fleißner unterschriebenen Zustand des Bezirkvorstandes, der sich gegen Sonderkonferenzen wendet. Die Versammlung in der Schweiz ist aber zweifellos eine Sonderkonferenz, was auch daraus zu erkennen sei, daß Rautenk und Bernstiel die Teilnahme daran ablehnten mit der Begründung, daß sie dem Internationalen Bureau angehören. Dieser Institution gehörten wir an. Deshalb durfte auch Fleißner nicht teilnehmen. Woher seien nun in Zukunft Glauben und Vertrauen zu einem Genossen kommen, der das Gegenteil von dem tut, was er in einem Aufruf an die Genossen empfiehlt. Warum aber alle diese Zertwürfnisse nicht ein Phantom, dem die Minderheit nachjagt, daß den Krieg nicht beendet und den Frieden nicht bringt. Dabei wird alles, was bestehen und in langer, aufopfernder Arbeit geschaffen wurde, zerstört, wenn die Genossen aus dem Felde kommen, dann finden sie vielleicht einen Trümmerhaufen. Das darf nicht eintreten. Deshalb lehne Sie die Resolution Fleißner, die den Streit nur verschärft, o "Gott fürs Volk".

(Lebhaftestes Beifall.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt, der aber, nachdem Genosse Grabnauer dagegen gewendet, weil dem angegriffenen Genossen Flechner das Wort verstoßen werden müsse, gegen eine starke Minderheit abgelehnt wird. Der nächste Redner, Genosse Sach, vergleicht zugunsten Flechners aufs Wort.

Genosse Flechner: Nachdem Grabnauer die von So und Größsch in der vorangegangenen Versammlung gegen ihn erhoben persönlichen, beleidigenden und gehässigen Vorwürfe fortgesponnen hatte, auch er wieder darauf eingehen. Es werde ihm ein Vorwurf daraus gemacht, daß er seine heutige Haltung nicht schon am 4. August 1914 eingenommen habe. Das sei doch aber genau richtig. Die erste Kreidtbewilligung am 4. August 1914 kommt man als eine nicht zu ändernde Satzache, über die nach dem Kriege zu reden war, hinzu. Daß der Krieg aber so lange dauert und die Kreislandschaft eine der bisherigen sozialdemokratischen Politik direkt widersprechende treiben würde, das konnte niemand in den ersten Monaten des Krieges wissen. Mit der Entwicklung der Verhältnisse, mit jeder neuen Kreidtbewilligung verschärft sich auch die Gegenseite. Eine Erörterung während der Friedenszeit, gegen die sich Redner in den ersten Monaten entsprochen haben, war dann nicht mehr zu umgehen. Der Vorwurf werde aber nur deshalb erhoben, um in seiner Person die Sache treffen. In der Volkszeitung sei vor dem Kriege von den Befreiten und anderen Mehrheitshängern auch eine ganz ähnliche Politik als heute getrieben worden. Redner bringt das mit zahlreichen Zitaten aus Leitartikeln der Dresdner Volkszeitung, den leichten Justizien 1914, aus anderen Parteblättern der Minderheit und aus den Aufrufen des Parteivorstands. Am 27. schrieb das Dresdner Parteiblatt z. B.: „Aber für das Deutschland kann die Lösung nur sein: Hände weg! Kein Mann, kein Groschen darf geopfert werden...“ Österreich wurde brutaler Angreifer bezeichnet, dem man nicht helfen durfte, provozierte offiziell den Krieg mit Russland usw. – Man sei also kurz vor dem Kriege das Volk in dieser Weise auf, und selbst noch dem 4. August das gerade Gegenteil, indem man das Durchhalten eintrat. (Lebhaftester Beifall.) Die Vorwürfe Demagogie und Zweideutigkeit seien daher an ganz andere Adressen zu richten. Er weise sie entzünden zurück. In der deutschen Presse der Wehrheit würden die Bestrebungen der Minderheiten in anderen Ländern zu verkleinern gesucht, statt daß Mehrheit diese Bestrebungen mit Freuden begrüßte. Warum? Weil es nicht zu der Mehrheitspolitik paßt, trotzdem es so demokratisch ist. Die Nienhaller Konferenz sei bedeutungsvoll, weil sie die Minderheiten fördere, besonders in Frankreich, damit dem Frieden vorgetrete. Seine Teilnahme daran sei Verteidigung gegen den Aufruf des Bezirksvorstandes, weil die Konferenz eine rein ideale Angelegenheit sei und nichts mit Organisationen zu tun habe. In Leipzig hätten die Organisationen offiziell zwei Delegierte nach Nienhaller geschickt. Was sollte denn nun mit all den Genossen geschehen, die bei Delegation mitgewählt haben? Grabnauer habe alles einander geworfen. Organisation und Fraktion Nelle et Cie. hätten beschlußfertig seien aber noch lange keine Organisation beschlußfertig. Die Abgeordneten sind lediglich ver-

trugte der Partei und könnten die Genossen im Lande nicht rechtlich binden. Wenn von den Mehrheitsrednern Gebot für ihre Pointe in Anspruch genommen werden sei, so könne er dagegenüber nur sagen, der Ame würde sich ins Grab umdrehen, wenn er die jetzige Situation in der Partei sehe würde. (Vorfall.) Die verschiedenen Vorgänge in der Partei, auf die der Redner näher einging, zeigten die schreie Bahn, auf der sich die Wehrheit befindet. Im Landtag sei von ihm kein mit der gebotenen sachlichen Schärfe verhandelt worden. Da komme ihm sein Vorwurf treuen. Dem Frieden komme man nicht näher, wenn er nur mit Wörtern zu fordern gesucht und alles tatsächlich Vorwärtsbringende von den nachzudenkenden Ländern verlangt werde. Seine Resolution sage das, was im gegenwärtigen Augenblide, in der Zeit, wo der Hungertypus droht und weitere Kredite bewilligt werden sollen, getan werden müsse. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Hiltig begründet einen Antrag auf Einigung der Debatte, der einstimmig angenommen wird.

Bei der nun folgenden Abstimmung, die unter großer Unruhe vorgenommen wird, wird noch zweimaliger Abstimmung die Abstimmung der Abteilung Bradnauer, die in der Volkszeitung vom 17. Mai abgedruckt ist, mit 301 gegen 26 Stimmen kontrolliert.

Dieses Ergebnis verstößt die Erregung der Versammelten noch wesentlich. Am dieser Stunde schlägt der Vorsitzende die Versammlung.

VERSAMMLUNGEN.

Wilsdruff. (Bezirksterversammlung.) Genosse Röhrmann hält einen Vortrag über die Bedeutung der Volksküchen in der Kriegszeit. Er erledigte sich seiner Aufgabe in anschaulicher und treffsicher Weise. Genosse Lombach gab hierauf Bericht aus der Tätigkeit des Kreisvorstandes und den Jahresbericht der Gruppe Wilsdruff. Aus diesem ist zu entnehmen, daß die Zahl der männlichen Mitglieder auf 102 gesunken ist. 280 Mitglieder sind zum Vereidigen eingezogen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 16 auf 34. Am Beitragen wurden 628 M. Kreisbeiträge und 37 M. Wahlkreisbeiträge veranschlagt. Der Dresdner Volkszeitung haben von 312 Abonnenten im Jahre 1915 264 die Treue bewahrt. Es sind immer noch 29 Mitglieder vorhanden, die die Jungenfrisch praktischer Parteiarbeit vorzeigen. Ein Jahr später, aber eiger Arbeit liegt hinter uns. Berichtet wurde noch darüber, daß ein von uns geführter Antrag auf Errichtung einer Volksküche von der Wilsdruffer Stadtverwaltung

angenommen worden ist, und wurden die anwesenden Mitglieder erneut aufgefordert, an dieser Einrichtung zu beteiligen. Heute war die Versammlung von 55 Mitgliedern, darunter 43 Frauen. (Ling. 27.)

Bei Blutarmut

Siedlungs-, Appellations-, alten, Schwäche belaub. Bei Frauen u. Kindern ist das wohlhabend. Haematurum-Glasurat. ärgst. berat. Gr. 31.240 M. alle Zusatz-

eleph. 14.580 [A 89] Liniensatz
Tymians Thalia Theater!
Görlitzer Str. 6 Tel. 8 Uhr 21 Sonnt. 3 Uhr
Samstag 11 Uhr Frühstücksparty mit Vorstellung, 15, 25 u. 35 Pf.
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind hilft! Donnerst. Damencafée!
Torettkarten wochentags u. Sonntags sechsm. gültig.

Postkarten

Direkt in der Schürzenfabrik

Filiale Waisenhausstr. 8, neben dem Centraltheater

kaufen Sie Schürzen aller Art.

Grosse Auswahl in Wachsstück-Schürzen und Schürzen-Besätzen.

[L 145]

Die Sparkasse zu Leuben b. Dresden

verzinst Einlagen mit 3 1/2 Prozent [E 131]
bei täglicher Zinsberechnung. ::
Während der Kriegszeit nur geöffnet von 9-12 Uhr
Elektrische Nahverbindung: Dresden-Lanbergast-Leuben.



Strohhüte



Mäßige Preise!

2.80 3.50 4.50 5.50
Panama-Ersatz, federleicht
2.80 3.50 4.50

Max Schweriner

Amalienstrasse, Ecke Serrestr.
Leipziger Strasse 87. [A 75]

Pfingst-Postkarten

sowie
Ansichts-Postkarten
Briefpapiere
Feldpost-Artikel
Gratulationskarten
Geschäftsbücher
Schreibwaren
Tinten
Tintenstifte [L 282 B]
Trauerkarten

in reichhaltiger Auswahl bei
Rudolf Johs. Leonhardt
Dresden-A. I
Gr. Brüdergasse 21, I. u. II.

160. Kgl. Sächs.
Landes - Lotterie
110000 Losz., 55000 Gewinne
20 801 000 Mark
Eventuell [A 167]

800 000

500 000

300 000

200 000

150 000

100 000

Ziehung 1. Klasse:
14. u. 15. Juni 1916.
Preise der Lose 1. Klasse:

1/10 1/5 1/2 1/1 Los
5.— 10.— 25.— 50.— M.

Voll-Lose
gültig für alle Klassen:

1/10 1/5 1/2 1/1 Los
25.— 50.— 125.— 250.— M.

Eduard Renz
9 Annenstrasse 9

Herrschäftlich

wenig getr. Anzüg. Hüter, Über-
zieher, Juppen, Schuhe, Turnschu-
he, Kleider, Bettw. zu verkaufen
Große Brüdergasse 11, 1. Et.
Eingang Quergasse.
Sonnenbad geschlossen!

Klapp-Sportwagen

Königl. Sächs. Landeslotterie

im günstigsten Falle Mark:

800 000

Hauptgewinne Mark:

500 000

300 000

200 000

150 000

100 000

Ziehung 1. Klasse:
14. und 15. Juni

Lose empfohlen und
versendet:

Adolph Hessel

DRESDEN, in der Konkurrenz 1

Spülapparate

Leibbinden, Vorfallbinden,
Monatsgürtel, Frauen-Tee,
Frauenartikel

+Gummiwaren

fürs Halt [L 284]

Frau Heusinger

Am See 87

& die Dippoldiswalder Blätter

*Königl. Sachsischer
Landes-Lotterie

Ziehung 1. Klasse

14. und 15. Juni

Preise der Lose 1. Klasse:

1/10 1/5 1/2 1/1 Los

5.— 10.— 25.— 50.— M.

Voll-Lose

gültig für alle Klassen:

1/10 1/5 1/2 1/1 Los

25.— 50.— 125.— 250.— M.

Eduard Renz

9 Annenstrasse 9

Lose empfohlen

1/10 1/5 1/2 1/1

5.— 10.— 25.— 50.—

Gustav Gericke

Dresden-Wilsdruffer Str.

Klapp-Sportwagen

neu, 12, 14, 16, 18, 20, 22—40 M.

& versch. Oppellstrasse 19, 1. Stein Lad.

Jähnig.

Max Blachstein

Wilsdruffer Straße 18.

Der Mietersparnis wegen nur I. und II. Stock.

Tatsachen beweisen.

Bilgkeit allein macht's nicht.

Güte der Ware ist ausschlaggebend.

Pfingst-Angebote in leichter Konfektion!

Weisse Frottéröcke mit Taschen und Knopf-	garaturen	9.50
Leinenröcke mit Hohlsaum	5.90	
Elegante weiße Röcke	15.00	
Gräne Kammgarn-Röcke	12.00	
Elegante Seidenröcke	34.00	
Weisse Battistblusen	1.15	
Elegante weiße Schleierstoff-Blusen	7.50	
Schwarze Schleierstoff-Blusen, in Farbe	7.50	
schwarz		
Schwarze Taftkostüme	55.00	
Covercoatkostüme	42.00	
Cotelékostüme in blau, braun und schwarz	33.00	
Frotté- und Leinenkostüme	7.50	
Sommerjacken aus wasserfesten Stoffen	13.50	
Seldene Moiréjackette	20.00	
blaue Alpakajacke	12.00	
Schwarze Alpakanäntel	22.50	
Schwarze Seidenjacke	16.50	
Schwarze Taftjacke	25.00	
Schwarz-weiss-karierte Kleider	9.50	
Reinwollene Musselinkleider	23.50	

Sparkasse Cossebaude

Gemeindeamt, Galstrasse 9. [A 37]

3 1/2 Proz. Zinsen, tägliche Verzinsung.
Postcheckonto 15.097. — Fernsprecher: Amt Dresden 22.561.

Naturhaar-Zöpfe

faust man direkt in der
Haarmanufaktur

grau Emma Schünke

Wilsdruffer Str. 40 II.

Herren-Räder 20, 25, 30, 40, 50.
Damen 60, 70, 80, 90, zu
vert. Oppellstrasse 19, 1. Stein Lad.

Hallo! Zigaretten!

f. Marken: 100 Stück 1.00 M.

1.15, 1.25, 1.35, 1.50, 1.80 M.

Zigaretten, große Kugeln zu
billigster Breite. 6. Zigaretten

Sepp, Ammonstrasse 56.

Werkzeugfachloffer und Mechaniker

zum sofortigen Eintritt bei gutem Lohn gefücht.

Sachsenwerk, Niedersedlitz (Sl.)

Dreher und Borarbeiter

erste Kräfte, für dauernde Beschäftigung gef.

Sachsenwerk

Licht- u. Kraft-Uttien-Gesellschaft, Niedersedlitz

Tüchtige Dreher

für sofort gefücht. "Universelle", Zigarettenmaschinen, Fabrik.

J. C. Müller u. Co., Dresden-A. 28, Thorndorf Str. 17.